

zeck

176 // September/Oktober 2013



Holstenstraße imJuli ...

Einen schönen letzten Sommerabend geschätzte Leserschaft.

Wir wahren erstaunt wie viel doch übers Sommerloch los war und freuen uns jetzt schon auf neue Demos und Aktionen. Vielen dank für die Spende aus der Hafenstraße, aber leider brauchen wir noch immer Kohle (Scheiß Warengesellschaft, Scheiß Lohnarbeit! ...).
Also wie immer: Geld, Texte, Kritik und gute Wünsche bis zum 20. Oktober an unser Postfach.

Aktuelles über die Situation der Flora findet ihr im Heft und auch wir sind zuversichtlich das Angriffen eventueller Investoren von unser Seite entsprechend geantwortet wird.
Ein dicker Knutscher geht aus unserem staubigen Keller raus in die Berliner Rigaer 94, die am 14.08.13 von den Bullen durchsucht wurden. Euch und allen anderen Betroffen_innen viel Power!

Für Tagelange Heiterkeit in den Reaktionsstuben unser Hochglanzbroschüre hat die Aktion am Bundeswehrstandort Havelberg gesorgt bei der 16 Militärfahrzeuge für ca. 10 Millionen Euro in Flammen aufgegangen sind. Wer sich dafür interessiert wie die Gegenseite die wachsende Zahl von antimilitaristischen Aktionen betrachtet, der ist der im Internet zu findende Artikel: „Krieg gegen die Bundeswehr im eigenen Land“ empfohlen.

Mit wachsender Wut betrachten wir die rassistischen Zustände in Berlin Hellersdorf und Duisburg Rheinhausen. Unterstützt von einer, durch den deutschen Innenminister und Presse, geschürten Alarmstimmung, entwickeln sich eine Situation der es massiv entgegenzutreten gilt. Neben der antifaschistischen Arbeit muss das auch heißen, die selbstorganisierten Kämpfe der Flüchtlingen zu unterstützen, auch und gerade hier in Hamburg!

Bis Oktober:
eure Zecken von der Zeck

Impressum

V.i.S.d.P.: K aus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20 48 Hamburg

Kontakt: Zeck, c/o Rote ora, Schu terb att 7 , 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artike auf CDs mit bei iegendem Ausdruck, am besten a s Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artike im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionssch uss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im örderabo für 0 Euro à drei Ausgaben. Ge d in einem Umsch ag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, K einer Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ä tere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Ge d).

Eigentumsvorbeha t: Die Zeitschrift b eibt so ange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. “Zur-Habe-Nahme” ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbeha ts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur tei weise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Tei e - und nur diese - an den Absender mit ausführ icher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erb inden!). Eigendruck im Se bstver ag.

Inhalt **Seite**

Kurzes

Lampedusa in Hamburg und Berlin: WE ARE HERE TO STAY!

Über 2500 Menschen demonstrierten unter dem Motto "Lampedusa in Hamburg: Wir kämpfen für unser Recht!" am Samstag, 17.08.13 durch die Hamburger Innenstadt. Auch in Berlin fand eine Demonstration mit 300 Teilnehmer_innen statt, zu der die Geflüchteten von "Lampedusa in Berlin" aufgerufen hatten!
Ein deutliches Signal an den Hamburger Senat und die Bundesregierung im Kampf um einen Aufenthaltsstatus für die Kriegsflüchtlinge.
DER KAMPF GEHT WEITER – THE STRUGGLE CONTINUES
Wir arbeiteten und lebten in Libyen, ein Land in unserem Kontinent Afrika, das uns die Möglichkeit gab, unsere Existenz zu sichern. Wir hatten nie die Absicht nach Europa zu kommen.
Mit der Intervention der NATO, zum „Schutz der Zivilbevölkerung" hieß es, eskalierte der Krieg und wir verloren alles. Viele verloren ihr Leben. Ein Teil von uns wurde mit überfüllten Booten aufs Mittelmeer geschickt. So kamen wir nach Lampedusa. Viele starben auf der Überfahrt.
In Italien lebten wir unter schwersten Bedingungen bis unser Flüchtlingsstatus garantiert wurde.
Danach gab es nichts mehr für uns und Italien forderte uns auf, in andere Europäische Länder zu gehen. Wir sitzen jetzt in Frankreich, der Schweiz, Deutschland und anderen Europäischen Ländern recht- und mittellos auf der Straße.
Die Europäische Union wie die NATO Staaten sind alle verantwortlich für unser Schicksal. In Hamburg sind wir etwa dreihundert Kriegsüberlebende aus Libyen.
Wir haben uns zusammen geschlossen und verlangen eine politische Lösung und die Anerkennung nach § 23 Aufenthaltsrecht. Ohne den Krieg in Libyen und ohne die katastrophale Menschenrechtslage für Flüchtlinge in Italien wären wir nicht hier. Wir sind erschöpft und zermürbt von einer langen unfreiwilligen und grauenhaften Reise. Wir suchen ein Ende der Verweigerung unseres Lebensrechts.

Wir sind hier, um zu bleiben.
Wir hoffen auf Eure Solidarität.

* * * * * * * *

FILMCLUB MODERNE ZEITEN ZEIGT:

message from greece

«message from greece» - Jung sein in Griechenland, ist dieser Tage nicht besonders verheißungsvoll. Was macht man als junger Grieche in Zeiten der Krise? Geht man in die Arbeitslosigkeit oder nach Australien? »message from greece« ist eine Doku über die junge Generation zwischen Chancenlosigkeit und Emigration. Die aktuelle Krise trifft sie schwer. Viele sehen sich im Würgegriff Europas und zwischen Empörung und Resignation angesichts der korrupten Strukturen im eigenen Land. Die europäische Krisenbewältigung hinterlässt tiefe Spuren in ihrem Alltag. Ist Griechenland finanzstrategische Versuchskaninchen? Ihre Lebenswirklichkeit verweist auf eine Zukunft mit zermürbender Erblast. Ein Leben unter schwierigen Umständen , mit durchschnittlichen Einkommen von 600,-EUR monatlich (mittlerweile noch weniger) und meistens ohne Krankenversicherung.
Kaum eine Nachrichtensendung läuft noch ohne die Berichterstattung über die Rettungsbemühungen für Griechenland. Dem kleinen Europastaat im Süden droht der Staatsbankrott. Jetzt droht auch der Mittelschicht aufgrund von Lohnkürzungen und Entlassungen ein Abrutschen in die Armut. In Deutschland wurde in einigen Medien das Bild vom faulen Griechen geschaffen, doch wie sieht die Realität aus, in einem Land, das neben dem Tourismus kaum eigene Wirtschaftskraft mehr besitzt.
Die Generation junger Griechen ist von der aktuellen Krise unmittelbar betroffen. Mittlerweile ist beträgt die Arbeitslosenquote der unter 24jährigen 52%. In unseren häufigen Aufenthalten in Griechenland und unseren Telefonaten mit Freunden und Familie erleben wir eine Realität, die geprägt ist von Verzweiflung und Kampf, von Gefühlen der Ohnmacht und des Betruges, der Suche nach persönlichem Glück und dem menschlichen Zusammenhalt. Es ist auch die Geschichte eines kollektiven Schicksals gelebt in Einzelgeschichten. Vielen droht die Arbeitslosigkeit, und das Gespenst der Auswanderung spukt in den Köpfen der jungen Generation. Und von genau diesen Menschen wollen wir in «message from greece« erzählen.
Die Filmemacher_innen Mosjkan Ehrari und Vassili Vougiatzis sind anwesend!

Freitag, 13.09.2013, 20 Uhr
Volxküche, Hafenstrasse 116
Eintritt frei, Spenden erwünscht !

* * * * * * * *

vom RASSISTISCHEN NORMALZUSTANDzum NATIONAL SOZIALISTISCHEN UNTERGRUND

Veranstaltungsauftakt mit der Dokumentation »Acht Türken, ein Grieche und eine Polizistin« (ARD/RBB 2011) mit Anne Kathrin Thüringer eine der Filmemacher_innen
Mit der Veranstaltungsreihe will ein Bündnis verschiedener linker Gruppen und Einzelpersonen nicht nur die Hintergründe und Beweggründe des NSU und der staatlichen Behörden thematisieren, sondern auch jene rassistischen Strukturen beleuchten, die die Basis für diese Morde sind. Darüber hinaus soll versucht werden, Anstöße für eine selbstkritische Reflexion des Versagens der Linken zu geben.
Mit der preisgekrönten Dokumentation »Acht Türken, ein Griecheund eine Polizistin« (ARD/RBB 2011) wird diese Reihe starten. Mit anwesend sein wird die Journalistin Anne Kathrin Thüringer, eine der Filmemacher_innen. Sie wird nach dem Film für Fragen und Diskussion zur Verfügung stehen. Die Filmemacher_innen haben die Ermordeten und die Verletzten in den Vordergrund gestellt und die Betroffenen der Mordserie und der Bombenanschläge zu Wort kommen lassen. Die beklemmenden Schilderungen der Betroffenen und ihrer Angehörigen machen das Ausmaß der Umkehr von den Opfern zu Tätern und Täterinnen auf erschreckende Weise deutlich. Geprägt von dem ihnen entgegengebrachten Misstrauen, der Ignoranz und Gleichgültigkeit fühlen sich die Opfer nicht nur vom Staat und seinen Ermittlungbehörden im Stich gelassen.
Ein guter und wichtiger Film, der die Zuschauer_innen noch lange beschäftigen dürfte.

Sonntag, 8.9.2013, 18.00 Uhr
3001 Kino, Schanzenstraße 75Eintritt: 5,50 bis 7,50 Euro

* * * * * * * *

*

Antirepression

Verfahren wegen antimilitaristischen Aktionen

Im Zeitraum des anti-militaristischen Camps "War starts here!" 2012 gegen das GÜZ (Gefechts-Übungs-Zentrum) in der Altmark, wurden am 14. September 5 Menschen von einem MEK-Kommando des LKA Sachsen-Anhalt mit vorgehaltenen Waffen in Magdeburg aus einem PKW gezogen und festgenommen. Ihnen wird eine Aktion mit Farbe auf eine Ingenieurfirma, die an der Planung der Kriegs-Übungs-Stadt "Schnöggersburg" auf dem GÜZ beteiligt ist, vorgeworfen. Der Sachschaden wird mit 1000 Euro beziffert.

Die Firma ICL leitet die Bauplanung für die Aufstandsbekämpfungsstadt "Schnöggersburg" auf dem GÜZ. Eine Stadt, in der die Bundeswehr und andere Armeen urbane Aufstandsbekämpfung auf einem Flughafen, in U-Bahn-Stationen, in Wohnvierteln, in einem Elendsviertel und in einer Innenstadt mit Einkaufszentren trainieren sollen. Die Bauarbeiten für diese umstrittene 100-Mio-Euro-Geisterstadt haben im Herbst letzten Jahres begonnen. Bis 2017 sollen mehr als 500 Gebäude fertiggestellt sein.

Im Zuge dessen wurde das Haus des Fahrzeughalters, der nicht unter den Festgenommenen war, durchsucht. Dieser ist mittlerweile der Beihilfe beschuldigt.
Gegen den Fahrzeughalter läuft ein weiteres Verfahren nach §109e (Sabotage an Wehrmitteln) in dessen Zuge ihm eine versuchte Straftat auf dem Gelände des GÜZ vorgeworfen wird. Dort sollen mit Farbe gefüllte Feuerlöscher gefunden worden sein. Im zeitlichen Umfeld soll ein anderes, dem beschuldigten Genossen zugeortnetes, Auto festgestellt worden sein. Er wurde außerdem observiert und sein Telefon wurde überwacht.
Nun wurden den 5 Festgenommen aus dem PKW sowie dem Halter Briefe des Gerichts zugestellt, in dem die Staatsanwaltschaft die DNA-Abnahme fordert. Die 5 werden als Verdächtigte im Verfahren nach §109e beschuldigt, was die DNA-Abnahme rechtfertigen soll.

Wir halten euch über die weiteren konkreten repressiven Schritte gegen die beschuldigten Genoss_innen auf dem Laufenden.
Lasst euch nicht einschüchtern und beteiligt euch auch dieses Jahr zahlreich am antimilitaristischen "War starts here" Camp!

Gegen Kontrolle, Überwachung und staatlichen DNA-Sammelwahn!
Für eine herrschaftsfreie Welt ohne jegliche Autorität und jeden Militarismus!

Achtet zeitnah auf weitere Ankündigungen!

* * * * * * * *

Wir werden unsere DNA nicht freiwillig abgeben! (BERLIN)

Im Folgenden wollen wir die Erklärung der nicht inhaftierten Beschuldigten des laufenden § 129 Verfahrens (RAZ/RL/radikal) dokumentieren

Wir werden unsere DNA nicht freiwillig abgeben!
Anfang Juni beantragte der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof die Entnahme der DNA mehrerer Beschuldigter des aktuellen, offensichtlich schon längere Zeit laufenden Ermittlungsverfahrens nach § 129.

Uns sind diese Ermittlungen seit den bundesweiten Razzien gegen insgesamt 9 GenossInnen am 22. Mai 2013 bekannt. Es wurde den bisher zur DNA Abgabe Aufgeforderten bis zum 19.6.13 Zeit zur Stellungnahme bzw. freiwilligen Abgabe der DNA eingeräumt.

Wir gehen davon aus, dass diese DNA Entnahme, ebenso wie eine aktuell schon laufende umfangreiche versuchte Ausforschung prinzipiell alle Beschuldigten und darüber hinaus weite Teile der linken Bewegung treffen kann und auch soll.

Ziel der kapitalistischen Repressionsmaschinerie ist es offensichtlich überall, wie es momentan weltweit anhand des aktuellen Falles der Überwachung des Internets durch das NSA Projekt "Prism" deutlich wird auch hier, im kleineren Maßstab, eine möglichst große Flut an Daten zu erheben, um Strukturen weiträumig zu durchleuchten, Ängste in diesen zu schüren und politische Arbeit, welche dieses System grundsätzlich infrage stellt, zu behindern.

Momentan davon betroffen sind Einzelne – doch wir lassen uns nicht spalten und lehnen diese „freiwillige" DNA – Abgabe ebenso wie jedes weitere Eingehen auf Angebote und Einschüchterungsversuche der Repressionsorgane kollektiv ab. Wir gehen davon aus, das sie daraus folgend die DNA-Abgabe unter Zwang versuchen werden durchzusetzen.

Wir weigern uns mit diesem Staat und seinen Handlangern zu kooperieren!

Diese Repression, welche uns seit den Razzien am 22.5. 13 als Angriff ihrer Klassenjustiz entgegen schlägt, soll uns isolieren und einschüchtern. Doch dieses Ziel wird sie nicht erreichen, da wir uns in jedem Falle offensiv und kollektiv damit auseinandersetzen werden.

Linke Politik verteidigen!
Fünf Finger sind 'ne Faust!

* * * * * * * *

HH-St. Georg: Verfahren gegen Kieler Genossen eingestellt

Was eigentlich nur als sogenannter Sprungtermin zur Wahrung formaler Fristen im laufenden Prozess gegen einen Kieler Antifaschisten im Zusammenhang mit den Gegenaktivitäten zum Hamburger Naziaufmarsch am 2. Juni 2012 angelegt war, endete vor dem Amtsgericht Hamburg-St. Georg heute am 9. August 2013 binnen weniger Minuten überraschend mit der Einstellung des Verfahrens nach §153a StPO. Sowohl Richterin und Staatsanwaltschaft, als auch der Anwalt des Angeklagten stimmten dieser unter der Auflage einer Zahlung von 500€ an die Arbeitsgemeinschaft Neuengamme, der Interessenvertretung ehemaliger Häftlinge des KZ Neuengamme, ihrer Angehörigen und Hinterbliebenen, zu.

Hintergrund des Prozesses, der am 26. Juli 2013 mit dem de facto einzigen Verhandlungstag begonnen hatte und von Protestaktionen antifaschistischer und Antirepression-Gruppen begleitet worden war, an denen sich an einem Freitagmorgen etwa 100 solidarische Menschen beteiligt hatten, war ein nach Zeugenaussagen dreier Polizisten am Abend des 2. Juni 2012 nahe des Hamburger Hauptbahnhofes vermeintlich erfolgter Angriff des Angeklagten auf einen der ihrigen. Beobachter_innen zufolge war es jedoch der Angeklagte selbst gewesen, der während eines rechtswidrigen Einkesselungsversuchs antifaschistischer Demonstrant_innen durch Angehörige einer Brandenburger Bereitschaftspolizeieinheit niedergeschlagen, brutal festgenommen

und verletzt wurde. Auch entgegen dieser Tatsache erhielt der Betroffene Anfang des Jahres schließlich einen Strafbefehl unter dem Vorwurf der "Körperverletzung" und des "Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte". Dem eingelegten Widerspruch folgte die heute zu Ende gegangene Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht St. Georg.

Sowohl die Unterstützer_innen außerhalb des Gerichtssaals, wie auch der Anklagte selbst in seiner Prozesserklärung hatten immer wieder betont, dass das vordergründige Anliegen der Prozessführung darauf abziele, brutale Polizeieinsätze wie dem in Hamburg am 2. Juni 2012, die mit der üblicherweise anschließend inszenierten medialen Hetze und der strafrechtlichen Verfolgung von Antifaschist_innen in keinen kausalen Einklang zu bringen sind, nicht unwidersprochen im Raum stehen zu lassen und stattdessen den Kampf um die Deutungshoheit der Geschehnisse politisch und juristisch zu führen. Ziel war es gewesen, durch die öffentliche Begleitung, die politische Einordnung und eine offensive Verteidigungsstrategie in die strukturell ungleichen Machtverhältnisse vor Gericht einzugreifen und die polizeiliche Darstellung der Ereignisse in ihrer Glaubwürdigkeit zu beschädigen. Zur juristischen Wahrheitsfindung im bürgerlichen Sinne habe man jedoch nicht beitragen wollen, weshalb der Angeklagte die Aussage verweigert hatte.

Dass der Prozess nun entgegen ursprünglicher Erwartungen mit einer Einstellung endete, werten der Angeklagte und seine Unterstützer_innen als Hinweis darauf, dass diese Strategie aufgegangen ist. Dass die Anklage den billigen Hintergrund gehabt habe, dass die am Einsatz beteiligten Beamten die Tatsache ihres brutalen Übergriffs mit einer prophylaktischen Anzeige unter umgekehrten Vorzeichen verwässern wollten, sei während des Prozesses allzu offensichtlich geworden. Die schwache Polizeilegende sei nicht mehr ohne Weiteres als Begründung für eine Verurteilung aufrecht zu erhalten gewesen, weshalb die Option der einvernehmlichen Einstellung des Verfahrens überhaupt auf den Tisch gekommen sei. Auch wenn es bedauerlich sei, dass die zwei noch nicht gehörten Brandenburger Polizeizeugen sich nun nicht mehr zu ihrer gewalttätigen Festnahmepraxis werden äußern müssen, was sicherlich noch das eine oder andere interessante Detail über den Normalzustand des deutschen Polizeiwesens ans Licht der Öffentlichkeit gebracht hätte, sei das Ergebnis der Prozessarbeit zufriedenstellend. Auch wenn der Angeklagte die Spende sicherlich lieber aus freien Stücken getätigt hätte: Kein Cent gehe in irgendwelche Staatskassen, sondern komme der Aufrechterhaltung des Gedenkens an die Verbrechen Nazi-Deutschlands zu Gute. Und der betroffene Genosse sei im wahrsten Sinne des Wortes mit einem blauen Auge davon gekommen - alles in allem demnach eine gute Bilanz!

Der Angeklagte und seine Unterstützer_iknen danken allen, die den Prozess solidarisch begleitet haben und hoffen, dass die insgesamt positive Wendung des Verfahrens andere Betroffene staatlicher Repression dazu ermutigt, kämpferisch und politisch mit Strafbefehlen, Bußgeldern und Prozessen umzugehen und nicht im stillen Kämmerlein jede staatliche Frechheit zu schlukken.

* * * * * * * *

Durchsuchungen in Berlin

Am Morgen des 14.08.2013 kam es in Berlin zu einer Reihe von Hausdurchsuchungen u.a. in der Rigaer 94 dessen Erklärungen wir im folgenden zusammengefasst dokumentieren.

Heute gegen kurz nach 6.00 Uhr haben mehrere Hundertschaften (13te, technische Einheiten, LKA und das SEK) unser Haus gestürmt und zwei Durchsuchungsbescheide vollstreckt. Dabei flexten und brachen sie Türen auf, stürmten alle Zimmer unseres Hauses und trieben die Leute zusammen. Erstaunlicherweise verzichteten sie diesmal auf größere Randale in unserem Haus. Es wurde ein Zimmer im Zusammenhang mit der Solidaritäsbekundung mit den Revolten in der Türkei (versuchter Mord) und ein weiteres Zimmer im Zusammenhang mit Angriffen gegen Ausbeutung und Arbeitswahn (Brandstiftung an Jobcenter) durchsucht. Ein Beschuldigter wurde gezwungen seine DNA abzugeben. Sie schnüffelten aber nicht nur selber, sondern nötigten mehrere Hunde vermeintliche Sprengstoffe um Brandmittel zu finden. Sie sicherten mit einem Hubschrauber unser Dach und besetzen es mit einer Einheit des SEK. Zeitgleich griffen sie weitere Projekte, Wohngemeinschaften und Wohnungen von Genoss_innen an und durchsuchten diese ebenfalls. Gegen 12.30 Uhr waren die Cops wieder aus unserem Haus verschwunden. Vorher gaben sie sich zu unserem Erstaunen einige Mühe uns die Türen zu reparieren, auch wenn sie sich dabei nicht allzu schlau anstellten. Bevor sie unser Haus verließen nahmen sie noch einiges an altem Müll von unserem Dachboden mit und die x-box des Hauses, was wir darauf zurückführen, dass sie unterbinden wollen, dass wir in zahlreichen Nächten bei Grant Theft Auto die Stadt zerlegen. Spaß beiseite! Wir sind stink sauer, wir hassen euch und keiner will euch haben! Wir sehen diesen Angriff nicht nur auf unsre Projekte bezogen, nicht nur darauf, dass wir nicht bereit sind die ganze scheiße hinzunehmen, sondern es geht auch darum selbstbestimmtes Leben im Kollektiv als Gegenmodell zu kapitalistischer Vereinzelung anzugreifen. Während die sich aber andauernd untereinander gestritten haben, haben wir versucht das Beste draus zu machen.

Gegen ihre Konstrukte setzen wir unsere Solidarität mit allen Betroffenen. Der Überfall auf unser Haus ist nervig, zeitraubend und erniedrigend. Ihre Rechnung, uns alle morgens aus den Betten zu zerren, ist allerdings nicht aufgegangen – Grüße an die Frau vom Staatsschutz:"ja!, wir sitzen wirklich jeden morgen alle zusammen in der Küche und trinken Kaffee um 6:00 Uhr." Unsere Widerständigkeit haben wir durch diesen Repressionsschlag sicher nicht verloren. Das einzige was sie erreicht haben, ist uns darin zu bestärken, dass wir unsere kämpferische Haltung und unsere Unversöhnlichkeit mit Staat und Kapital weiter leben werden. Unsere Solidarität gilt dabei nicht nur den Betroffenen der Razzien, sondern auch den Akteur_innen, die dem alltäglichen Terror von Polizei und Jobzentren etwas entgegensetzen.

Wir werden uns nicht davon abhalten lassen – wie Kratzbürsten auf Seide – die ganze Scheiße aufzureißen. Der Kampf gegen Staat und Kapital, Macht und Herrschaft wird solange weitergehen, bis alle staatlichen Instutitionen dem Erdboden gleichgemacht worden sind.

Niemals aufgeben! Niemals kapitulieren! Unsere Leidenschaft für die Freiheit ist stärker als jede Autorität!

* * * * * * * *



Neues im RZ Prozess in Frankfurt

Sibylle S., die vier Monate in Beugehaft saß, weil sie sich weigerte, als Zeugin gegen Sonja Suder auszusagen, ist frei. Weil Sibylle sich erneut geweigert hatte, sei davon auszugehen, dass sie auch durch eine fortgesetzte Haft ihre unbeugsame Haltung nicht ändern würde, musste die Kammer bei der Begründung eingestehen.

Und Endlich ist das Verfahren gegen Christian eingestellt und der Haftbefehl gegen ihn aufgehoben worden!
Das Verfahren gegen ihn war bereits vor einiger Zeit abgetrennt worden. Das Gericht musste da endlich anerkennen, dass Christians Gesundheitszustand zu schlecht ist.

Jetzt wollen wir Sonja!

* * * * * * * *

Schluss mit den rassistischen Polizeikontrollen!- Es gibt hier kein Problem mit der Sicherheit. Es gibt hier ein Problem mit der Polizei!

Altona-Altstadt war in den letzten Wochen immer wieder im Fokus der Medien.
Wie dabei aus den Betroffenen von Rassismus Täter gemacht werden kann man sehen, wenn man einen Blick auf die Berichterstattung und die Kommentare wirft. So machte die MOPO aus dem Protest gegen der Jugendlichen gegen das brutale Vorgehen der Polizei „Massenkrawalle“ bei denen sich 150 Jugendliche und Anwohner_innen Auseinandersetzungen mit der Polizei geliefert hätten. Die Medienberichterstattung ist dabei eindeutig rassistisch geprägt: Wo die MOPO von „Randale an Ramadan“ spricht hetzen die „Deutschen Wirtschafts-Nachrichten“ im NPD-Jargon gegen die Jugendlichen, indem sie das ganze als „Ausländerkrawalle“ bezeichnen.

Was ist passiert?
Schon seit vergangenem Monat laufen Polizeibeamte in Fünfer-Gruppen durch die Straßen und den August-Lütgens-Park und kontrollieren Jugendliche, denen sie einen „Migrationshintergrund“ zuschreiben. Es sind verdachtsunabhängige Kontrollen, denen die Jugendlichen ausgesetzt sind. Viele werden mehrmals am Tag von den gleichen Polizist_innen kontrolliert und herabwürdigend behandelt. Am Donnerstag abend vergangener Woche spitzte sich die Situation zu, als eine Gruppe von 16 Jugendlichen die Straße überqueren wollte. Die Jugendlichen hörten nur „Zugriff“ und sahen sich von Polizeibeamten umstellt, die sie kontrollieren wollten. Die Polizei beließ es nicht bei der Kontrolle sondern ging mit Pfefferspray und Knüppel gegen die Jugendlichen vor. Innerhalb kurzer Zeit kamen viele Nachbar_innen und Eltern aus ihren Häusern, um gegen die Polizeimaßnahme zu protestieren. Einer der Jugendlichen musste bewusstlos ins Krankenhaus gebracht werden, ein anderer hatte nach einem Faustschlag ins Gesicht eine gebrochene Nase. Nachbarn wurden daran gehindert, den Jugendlichen Wasser zum Ausspülen der Augen zu bringen. Von den Jugendlichen ging dabei zu keinem Zeitpunkt Gewalt gegen Polizeibeamte aus. Dennoch wurden alle in Gewahrsam genommen. Gegen alle 16 wurden Anzeigen gestellt. Über 6 Stunden mussten viele von ihnen auf der Wache verbringen, wo ihnen - einige hatten den ganzen Tag gefastet - Essen und trinken verweigert wurde. Auf dem Weg zur Wache und in Gewahrsam wurden sie von Polizisten weiter herabwürdigend behandelt und geschlagen.

Die Polizei rechtfertigt ihren brutalen Einsatz damit, dass angeblich Jugendliche Autos mit einem Laserpointern geblendet hätten. Allerdings wurde bei keinem der Jugendlichen ein Laserpointer gefunden. Auch bei den von der Polizei behaupteten Drohungen der Jugendlichen gegen Beamte ist inzwischen klar, dass die Polizei über die Presse Unterstellungen verbreitet hat, um ihr Verhalten zu rechtfertigen. Für uns als Nachbar_innen und Anwohner_innen ist klar: Wir wohnen hier seit Jahren und Jahrzehnten friedlich zusammen. Erst die rassistischen Kontrollen der Polizei und die willkürlichen Übergriffe besonders in den letzten Tagen haben die Gewalt ins Viertel getragen. Es hat auch keine Krawalle gegeben. Es standen lediglich viele Nachbar_innen auf der Straße um gegen die Polizeigewalt zu protestieren. Auch in den Folgenächten gab es keine größeren Auseinandersetzungen. Wir haben die rassistisch aufgeladene Hetze einiger Medien und die Kontrollen und Schikanen der Polizei satt!

Durch die Proteste von Nachbar_innen in Altona-Altstadt ist sichtbar geworden, was an vielen Orten passiert: Menschen werden von denen aufgrund ihres „fremden“ Aussehens von der Polizei verdächtigt und kontrolliert. Insbesondere in den von der Stadt eingerichteten „Gefahrengebieten“ wie dem Schanzenviertel, wo die Polizei legal verdachtsunabhängige Kontrollen durchführen darf ist der Aufenthalt für Menschen, die in die rassistischen Raster der Polizei fallen zum Spießrutenlauf geworden. Aber nicht nur die Polizei fällt durch diskriminierende Praktiken auf: „Ausländisch“ aussehende Jugendliche müssen immer wieder erleben, dass sie in Clubs und Diskotheken nicht hereingelassen werden. Menschen mit Nachnahmen, die auf einen muslimischen „Migrationshintergrund“ hindeuten haben es schwerer Jobs zu finden. Insbesondere seit mit dem Bau von IKEA in Altona Altstadt massive Mietsteigerungen stattfinden, werden viele alteingesessene Bewohner_innen verdrängt. Für Menschen, die als „ausländisch“ gelten ist es inzwischen fast unmöglich im Viertel eine neue Wohnung zu finden. Wir sagen: Schluss mit allen rassistischen Diskriminierungen!

Wir fordern

- die sofortige Einstellung aller willkürlichen Strafanzeigen gegen Jugendliche aus der letzten Woche

- Schluss mit Medienhetze

- eine Entschuldigung der Polizei für den Einsatz.

- einen Jugendtreff, der von den Jugendlichen mitbestimmt wird und das Recht für alle, sich im öffentlichen Raum aufhalten zu können.

- Die Polizeipräsenz und die Polizeigewalt müssen sofort aufhören

- Klare Konsequenzen für jedes übergriffige und gewalttätige Verhalten von Polizeibeamten.

- die Polizei will Respekt? Dann wollen wir den auch von ihnen.





Flora bleibt unverträglich und besetzt! Alle Tricks nutzen nix.

Seit einigen Wochen verdichten sich Informationen, die auf eine aktuelle Bedrohung der Roten Flora hindeuten. Für uns ist eine Situation entstanden, in der wir einen zeitnahen Angriff auf das Projekt für möglich halten.

Das häufig wiederholte und zentrale Argument der etablierten Politik, um von einer vermeintlichen Entspannung im Konflikt um die Rote Flora zu sprechen, ist eine Bebauungsplanänderung, die ein Stadtteilkulturzentrum am geographischen Ort des Gebäudes festschreibt.

Wir haben ohnehin nie viel auf eine Bebauungsplanänderung gegeben. Denn ebenso wie sie eingeführt, kann und wird sie auch wieder gekippt werden, sobald es politisch oder ökonomisch opportun erscheint. Zudem ist ein neuer Bebauungsplan noch nicht verabschiedet und würde frühestens Anfang, vermutlich aber erst Mitte nächsten Jahres in Kraft treten. Obendrein führt die Kombination aus verlängertem Sanierungsgebiet und verändertem Bebauungsplan mit Veränderungssperre zu teilweise sich widersprechenden Bestimmungen für Bebauungsänderungen. Welche Möglichkeiten sich hier für Investoren mit verwaltungsjuristischem Sachverstand eröffnen mögen, ist für uns nicht absehbar. Wir müssen daher zur Kenntnis nehmen, dass aktuell weit weniger bürokratische Hürden gegen eine kommerzielle Nutzung des Gebäudes bestehen, als von Politik und Medien behauptet.

Wir machen uns auch nicht allzu viele Gedanken über die finanzielle Situation Klaus Martin Kretschmers und wünschen allen künftigen Investor_innen dieselbe Pleiten-, Pech- und Pannenserie. Auffällig ist allerdings, dass Anfang des Jahres nach einer Reihe von Insolvenzen und angesetzten Zwangsversteigerungen das Thema über Nacht aus den Schlagzeilen verschwunden ist. Nach allen uns zur Verfügung stehenden Informationen hat Kretschmer tatsächlich mit der Flora vorläufig Kasse gemacht. Der Investor Gerd Baer hat Kretschmer offen-

bar finanzielle Mittel zur Herstellung der Liquidität verschafft und im Gegenzug dafür durch eine „Vermietung“ Zugriff auf die Immobilie erhalten.

Baer will offenbar das aktuelle planungsrechtliche Vakkum nutzen, um profitable Nutzung in einem der teuersten Quartiere Deutschlands mit entsprechenden Gewinnerwartungen zu realisieren. Baer ist ein europaweit agierender Investor, der als eine ernstzunehmende Bedrohung einzuschätzen ist.

Ein Angriff auf die Flora könnte zum Beispiel in Form einer überfallartigen Räumung durch private Sicherheitsdienste erfolgen. Ein ähnliches Modell hat der Hamburger Investor Harm Müller-Spreer bereits beim Kulturprojekt Tacheles in Berlin durchgesetzt. Auch eine Brandsanierung wie 2005 in St. Georg geschehen, ist nicht ausgeschlossen und längst eine gängige Praxis, um Neubauten zu ermöglichen oder sperrige Bewohner_innen loszuwerden.

Wir bereiten uns daher ab sofort auf mögliche Angriffe vor. Und wie bereits die gestrige Vollversammlung zeigte, können wir auf breite Solidarität und Unterstützung bauen. Im Fall eines Angriffes rufen wir alle auf, direkt zum Gebäude zu kommen, sich darüber hinaus eigene Gedanken zu machen und auf entsprechende Ankündigungen zu achten.

Bei der Verteidigung der Roten Flora als besetztes, autonomes und kulturelles Zentrum geht es dabei nicht nur um den Erhalt des Projektes, sondern auch um dessen Weiterentwicklung als Störfaktor im Kampf gegen kapitalistische Standortpolitik, städtische Aufwertung, Ausgrenzung und Vertreibung.

Entsprechend verstehen wir den Kampf um die Rote Flora nach wie vor nicht als einen Konflikt um die privatwirtschaftlichen Interessen von austauschbaren Investor_innen, sondern als Auseinandersetzung um den Begriff von Stadt selbst. Wir lehnen eine Privatisierung des Öffentlichen und eine Ökonomisierung des Sozialen grundsätzlich ab und sehen uns von derselben Mechanik angegriffen, die auch die Gentrifizierung und Verdrängung in Wilhelmsburg vorantreibt oder für die Vertreibung am Hauptbahnhof und in der City verantwortlich ist, die sich in den Kämpfen von Mieter_innen gegen Zwangsräumungen und Mietenwahnsinn abbildet oder beim sich zuspitzenden Konflikt um die Esso-Häuser auf St. Pauli wirksam ist.

Kapitalistische Interessen und Marktlogik werden allerorts zur alleingültigen Instanz des gesellschaftlichen Zusammenlebens erhoben. Sie dienen als Argument, wenn eine Sanierung der Esso-Häusern angeblich zu teuer ist oder die Polizei auf die Straße geschickt wird, sobald es um die Umsätze und den Konsum in den Einkaufstraßen geht. Es ist die gesamte Kosten-Nutzen Rechnung der Marke Hamburg auf die wir kotzen.

Wir begrenzen uns im Widerstand nicht auf das Schanzenviertel, sondern rufen für den Fall einer sich abzeichnenden Räumung zu Demos und Aktionen im gesamten Stadtgebiet auf. Es gibt viele Orte, an denen sich die Situation der Roten Flora widerspiegelt und wir uns in Bezug zu anderen Kämpfen setzen können, um abweichende Vorstellungen von Stadt und Gesellschaft weiterzuentwickeln.

Gegen die Stadt der ökonomischen Interessen setzen wir die solidarische Vernetzung aller, die nicht schon satt und selbstzufrieden in ihren vorgefertigten Sofalandschaften hängen, sondern das Bedürfnis haben, die Stadt und das Leben um sich herum selbstbestimmt zu gestalten.

Wir werden eine Zerschlagung des Projektes Rote Flora nicht widerstandslos hinnehmen. Mit Brecheisen lassen sich im Zweifelsfall bereits verschlossene Türen wieder öffnen und mit Barrikaden einer autoritären Ordnungspolitik die Wege versperren. Es geht nicht nur um die Projekte kleiner radikaler Minderheiten, sondern um massenhafte, sich in Bewegung setzende Widerstandspraxen.

Dies zeigen nicht nur die Erfahrungen der Kämpfe um die Hafenstraße oder gegen Atomprojekte, sondern auch die Proteste der Gegenwart wie etwa antifaschistische Mobilisierungen, Refugee Camps, antimilitaristische Aktionen oder der Kampf um den Gezi Park, dessen Parolen auch in Hamburg solidarisch mit gerufen wurden: Taksim ist überall – Überall ist Widerstand. Wir sind Teil davon und bleiben in Bewegung.

Gegen die Stadt der Autoritäten und Kontrollen – Wir bleiben alle.
Solidarität mit dem Kampf der Flüchtlinge!
Bildet Banden!
Solidarische Grüße an das bedrohte AZ in Köln und alle besetzten Häuser und Plätze weltweit!

Rote Flora, 16. August 2013



Kein Schanzenfest ist auch keine Lösung!

Da ging ein Rauschen durch den Blätterwald. »Schanzenfest vor dem Aus« titelte es und zum wiederholten Mal wurde ein Bild bemüht von Autonomen, die sich im Schulterschluss mit Bürgerwehren gegen auswärtige Krawall-Touristen im Schanzenviertel wenden. Folgerichtig gab es Beifall für die autonome Szene von CDU-Hardliner Warnholz bis zur Gewerkschaft der Polizei und den durch NSU-Affären angeschlagenen Verfassungsschutz.

Wir, ein Zusammenhang, der in den letzten Jahren das Schanzenfest politisch mitgetragen hat, waren nicht schlecht erstaunt von dieser medialen Windbö im Sommerloch der Hamburger Lokalpolitik. Aus unserer Sicht steht das Schanzenfest weder vor dem Aus, noch wollen wir uns an bürgerlichen Sicherheitsdiskursen beteiligen, welche Gewalt als rein individuelles Problem abhandeln, statt sie im gesellschaftlichen Zusammenhang zu beschreiben.

Die Auseinandersetzung und Vorbereitung des nächsten Schanzenfestes führen wir lieber im Rahmen von Vollversammlungen und gemeinsamen Treffen als über Tageszeitungen, Funk und Fernsehen. Sollte es in diesem Jahr kein Fest geben, ist dies nicht Ausdruck von Politikverdrossenheit oder eines Wunsches, den Krempel hinzuwerfen, sondern der Entschlossenheit, Diskussionsprozesse in einem selbstbestimmten zeitlichen Rahmen weiterzuverfolgen. Wesentliche Ziele sind dabei die bereits im letzten Jahr verstärkte Schwerpunktsetzung auf das inhaltliche politische Programm über den Tag und mehr Verantwortung und Bewusstsein für den Ablauf des Abends, um gewaltsame Übergriffe gegen Anwohner_innen oder Besucher_innen zu vermeiden.

Auslöser des Presserummels war ein Beitrag im Programmheft Transmitter von Radio FSK, der von der TAZ Hamburg aufgegriffen und in zahlreichen Medien, auch über Hamburg hinaus, wiedergegeben wurde. Vorneweg: Es steht jedem und jeder frei, sich zum Schanzenfest zu äußern. An dieser Stelle hätten wir uns allerdings mehr Sensibilität und Transparenz bezüglich des eigenen Sprechortes gewünscht. Sofern es konkrete Fragen zum Diskussionsstand gibt, möglicherweise auch eine vorherige direkte Kommunikation mit beteiligten Zusammenhängen. Seis drum – wir kennen die aufgeregte und verkürzende Dynamik der Medien und sehen keine Veranlassung, auf den aktuellen Medienhype zu reagieren.

Gefahrengebiete und Polizeigewalt

Äußern wollen wir uns allerdings zur inhaltlichen Position, die im Transmitter-Text zu den Schanzenfesten der letzten Jahre eingenommen wird. Dabei wollen wir auch Ausgangsthesen widersprechen, die aus unserer Sicht hinter den Stand der bisherigen Diskussion zurückfallen und eine mediale Anschlussfähigkeit zu repressiven Sicherheitsdiskursen herstellen. Als zentrales Defizit wird den organisierenden Gruppen dabei »die Unfähigkeit, eine öffentlich vermittelte Haltung zu den seit 2003 sich an das Fest anschließenden Auseinandersetzungen mit der Polizei zu formulieren« vorgeworfen. Auf diese These baut die folgende Argumentation auf und startet mit einer folgenschweren Auslassung, die in der Folge erst einen pauschalisierenden Blick möglich macht.

In der Realität wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche öffentliche Texte verfasst, die sich auch um die Auseinandersetzungen im Anschluss an das Schanzenfest drehen und eine Position hierzu einnehmen. Diese wurden in Haushalten verteilt, in verschiedenen Medien und im Internet publiziert. Die dort formulierten Haltungen müssen nicht unbedingt geteilt werden, sie können auch für nicht ausreichend gehalten werden. Sie völlig auszublenden, bedeutet allerdings, wesentliche Fakten außer Acht zu lassen, um einer eigenen Argumentationsfigur freie Bahn zu bereiten.

Unstrittig ist, dass die Krawalle am Abend von den Schanzenfestvorbereitungen zu keinem Zeitpunkt abgefeiert oder befördert wurden. Stattdessen wurde eine Haltung eingenommen, die einerseits stets klar stellte, das Fest nicht wegen der Krawalle zu veranstalten. Die Rolle des Fests bestehe aber genau so wenig in der Verhinderung eines abendlichen Krawalls. Im Transmitter wurde hieraus ein »eindimensionaler Militanzdiskurs« gezeichnet, der in der Folge nicht etwa Polizei und Innenbehörde vorgeworfen wird, sondern den organisierenden Gruppen bzw. dem Schanzenfest. Diese auf den Kopf gestellte Einschätzung zu einem Zeitpunkt, in dem das Schanzenviertel zu einem dauerhaften Gefahrengebiet erklärt wurde und Polizeigewalt gesamtgesellschaftlich ein zunehmend diskutiertes Thema ist, ist bemerkenswert.

Die politische Bedeutung solcher Stellungnahmen wurde im Text »Splitter der Nacht« analysiert, der sich 2010 bereits kritisch mit den Krawallen nach dem Schanzenfest und in London beschäftigte: »Wir halten einen politischen Begriff von Repression und Kontrolle zu kurz greifend, der diese auf polizeiliche Gewalt reduziert. Staatliche und gesellschaftliche Unterdrükkung findet heute in vielen Formen statt und es gibt ein ganzes Arsenal akzeptierter Mittel der Kontrolle. Vom Knüppel zum Pfefferspray, von der Kameraüberwachung zur Sozialarbeit, von Mitwirkungspflichten zur aktivierenden Teilhabe. Am Besten ist diese sicherheitspolitische Durchdringung zu verstehen, wenn nicht vom Polizeieinsatz selbst ausgegangen wird, sondern von dessen moralischer Rechtfertigung.
Gerade weil Anwohner_innen, Autonome oder andere Linke nicht direkt dem Senat unterstehen, wird unterstellt, dass sie auf der Basis moralischer Prinzipien handeln. Die Deutung von Jugendkrawallen als unpolitisch dient dabei – selbst wenn dies der Intention der Akteur_innen zuwiderläuft – als erster Akt, um die Bühne einer polizeilichen Intervention vorzubereiten. In dieser Funktion steht die Entpolitisierung der Gewalt für die Sicherheitsgesellschaft und ihrer autoritären Formierung an vorderster Front. Die moralische Intervention zeichnet den Ausnahmezustand des polizeilichen Gefahrengebietes als „Ausnahmezustand von unten“vor.«

Die alleinige Deutung im Transmitter-Text eines »an sich selbst berauschenden Krawalls« der ohne Eingreifen der Polizei »ohne Inhalt« sei, ist ein wesentliches Motiv einer solchen Entpolitisierung. Sie befördert in ihrer Ausschließlichkeit die stereotype Legendenbildung von Krawalltouristen als äußere Bedrohung der Anwohner_innen und Autonomen im Stadtteil. Solche Gut und Böse-Schemata sind gesamtgesellschaftlich mächtig und wirksam und werden ebenso auch aus fremdenfeindlichen Motiven oder in der Drogenverbotspolitik reproduziert: Egal, ob es der Dealer, die Jugendgang, der Großinvestor oder Randalierer auf der Straße ist, stets sind es scheinbar die äußeren Einflüsse, welche das Leben im Viertel bedrohen, denen als Schicksalsgemeinschaft entgegenge-

wirkt werden muss, um ein zivilisiertes Zusammenleben aufrechtzuerhalten.

Statt Konflikte gesellschaftlich zu beschreiben und z.B. Dealer und Jugendliche als Teil der Widersprüche im Stadtteil zu begreifen, werden diese personalisiert und als Randgruppenphänomen dem Feld der Sinnlosigkeit zugesprochen. Unglücklich finden wir vor diesem Hintergrund auch die alleinige Herleitung der Messerangriffe über brennende Mülltonnen und das Schanzenfest. Wie im Nachbereitungstext beschrieben, gibt es vielschichtige Gründe für die allgemein zu beobachtende Zunahme von Übergriffen und Gewalt im Schanzenviertel. Wollen wir auf diese Verhältnisse reagieren, ist es notwendig, an den richtigen Punkten anzusetzen. Ohne eine Analyse der Stadtentwicklung, Gentrifizierungsprozesse und gesellschaftlichen Ein- und Ausschlüsse wird dies zwangsläufig zur Sackgasse.

Dass es auch anders geht, scheinte kürzlich im benachbarten Altona auf. Unter anderem durch Verdrängungsprozesse aufgrund zunehmender Einschränkungen und Gefahrengebiete auf St. Pauli und im Schanzenviertel ist dort nach Sicht der Polizei ein neuer Kriminalitätsschwerpunkt entstanden, auf den durch Präsenz und häufig rassistische Polizeikontrollen reagiert wurde. Nach dreitägigen Auseinandersetzungen mit der Polizei fand eine Versammlung mit 200 Anwohner_innen statt, bei der sich mit den Jugendlichen öffentlich solidarisiert wurde. Die zunehmenden Polizeiübergriffe wurden dabei nicht nur in der Logik des Sicherheitsstaates, sondern auch als Folge von Gentrifizierungsprozessen beschrieben.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass in der zum Gefahrengebiet erklärten „Alternativ-Oase“ Schanzenviertel eine solch solidarische Haltung derzeit schwer



vorstellbar scheint, nicht zuletzt aufgrund immer offener zutage tretenden Ressentiments gegenüber Jugendlichen, insbesondere solchen mit Migrationshintergrund. Bei allen Begleiterscheinungen und Problemen, die durch die Aufwertung und Ballermannisierung des Schanzenviertels entstanden sind und bei allen notwendigen Grenzen, die zu ziehen sind: Strukturell ausgrenzende Diskurse aus einer autonomen Binnen-Perspektive zu befördern, ist die völlig falsche Herangehensweise, um Begriffe wie Recht auf Stadt weiterzuentwickeln und neue Formen der Teilhabe auf stadtpolitischer Ebene zu suchen.

Ausgangspunkte und Ritualisierung

»Waren es früher die Halbstarken, später die Langhaarigen, dann die Punker, die das Bild des Friedens störten, sind es heute die „Erlebnisorientierten“. […] Dies alles jedoch nur auf die Frage der Gewalt zu reduzieren, auf einen Punkt zu verdichten und anschließend mit dem Hammer in die Wand zu schlagen, lehnen wir ab. Veränderung entsteht aus Utopie, Kritik und Selbstkritik, der Infragestellung des Gewohnten und Umbrüchen, die auch, aber eben nicht ausschließlich als Kissenschlacht daherkommen. «
http://inglouriousschanzenfest.blogsport.de

Der Ursprung der Auseinandersetzungen nach dem Schanzenfest wird im Transmitter-Text als Folge der Nichtanmeldung des Festes und überdrehter Aktivitäten unter Ronald Schill beschrieben. Tatsächlich gingen die Großeinsätze nach dem Schanzenfest jedoch bereits unter der SPD-Regierung los. Diese stand stark unter rechtspopulistischem Druck; als Folge schwenkte die SPD aus wahltaktischen Gründen nach rechts, einhergehend mit verstärkter Repression. Die Ursprünge der Auseinandersetzungen liegen eben nicht in der Frage der Anmeldung oder Nichtanmeldung, auch nicht in der Person eines Innensenators Schill, sondern vielmehr in einer strukturellen autoritären Entwicklung der Hamburger Innenpolitik, welche sich trotz verschiedener Feinjustierungen bis heute durchzieht.

Geprägt von den Auseinandersetzungen nach der Räumung des Wagenplatzes Bambule entwickelte sich erstmals organisierter Widerstand nach dem Schanzenfest. Dass die Auseinandersetzungen dabei bald nicht mehr nur als Reaktion auf das gewaltsame Einschreiten der Polizei erfolgten, sondern eigene Gesetzmäßigkeiten entwickelten, wurde im Nachbereitungstext »Die Büchse der Pandora« aus dem Jahr 2008 formuliert: »Eine „Law and Oder“-Politik hat die Büchse der Pandora überhaupt erst geöffnet. […] Mitte der Neunziger begannen die Auseinandersetzungen mit der Polizei. Anlass war damals ein kleines Feuer auf dem Schulterblatt, um das acht bis zehn Personen saßen. Gitarre wurde gespielt, gesungen und Bier getrunken. Morgens um 5 kam eine Polizeistreife vorbei und löschte das Lagerfeuer. In den folgenden Jahren spitzten sich die Ereignisse um diese Banalität jedoch zu und immer mehr Polizist_innen wurden zum Einsatz bemüht. […] Wurden diese Einsätze anfangs noch relativ gelassen und mit Ironie hingenommen, nahm irgendwann dann auch die Gegenwehr zu. Bis hin zum Zeitpunkt, wo es von vielen Jugendlichen und Flaneur_innen als nicht mehr notwendig erachtet wurde, darauf zu warten, bis die Polizei kommt und eine_n verkloppt, sondern dieser zuvor gekommen wird.«
Das neue Phänomen, dass zahlreiche Menschen auf der Straße offenbar nicht mehr abwarten, bis ein scheinbar unvermeidlicher Gewalteinsatz erfolgt, sondern nun selbst den Zeitpunkt bestimmen und bereits mit einer entsprechenden Erwartungshaltung auf der Straße sind, wurde im Text als sich selbst erfüllende Prophezeiung bezeichnet, welche durch Medienrandale und Gefahrengebiete befördert wird. Damit wurde ein differenziertes Bild entworfen, das einer eindimensionalen Beschreibung der Polizei als alleinige Akteurin von im Laufe der Zeit institutionalisierten Schanzenfestspielen widerspricht. Dies widerspricht auch der Lesart eines eindimensionalen Militanzdiskurses, der im Transmitter an die Wand gemalt wird.

Diskussionsprozesse und Transformationen

Ein kritisches Verhältnis zu ritualisierten Auseinandersetzungen wurde im Diskussionspapier »Geschlossene Gesellschaft« von 2010 aufgemacht: »Es gibt Leute, die eine zunehmende Kommerzialisierung des Festes kritisieren. Es gibt Leute, die den mangelnden politischen Charakter des Festes kritisieren. Und es gibt Leute, die die nächtlichen Auseinandersetzungen mit der Polizei kritisieren oder unsinnige Aktionen, die z.B. gegen Kleinwagen oder Balkonmöbel von Anwohner_innen gerichtet sind. Unabhängig von dieser Kritik, die wir an unterschiedlichen Punkten teilen, halten wir es für richtig und wichtig, dass es dieses Fest in seiner gesamten Ambivalenz gibt. Denn eine progressive gesellschaftliche

Entwicklung findet für uns nicht dadurch statt, dass man sich Türsteher_innen anschafft, ein Szenepublikum anspricht und unter sich bleibt, sondern dadurch, dass man eine Öffentlichkeit herstellt und Orte eines möglichst hierarchiefreien Zusammentreffens. «

Es gab als direkte Konsequenz im darauf folgenden Jahr Strategien und Überlegungen, um aus ritualisierten Abläufen herauszukommen und den selbstbestimmten Charakter des Festes zu stärken. So wurde versucht, »um einer Kommerzialisierung des Straßenfestes zu begegnen und um den sich selbst erfüllenden Gefahrengebieten der Innenbehörde etwas entgegen zu setzen« den Termin des Schanzenfestes erst kurzfristig öffentlich zu machen.
Dass es anders gekommen ist, lag ein weiteres Mal nicht an irgendwelchen eindimensionalen Militanzdiskursen oder einer fehlenden Positionierung, sondern an der Hamburger Innenbehörde. So schreiben die Organisator_innen in der Ankündigung des Schanzenfestes 2011 nach Erscheinen entsprechender Medienberichte: »Wir halten es für überaus bemerkenswert, dass der Termin des diesjährigen Schanzenfestes nun von der Hamburger Polizei veröffentlicht wurde. Wir schließen daraus erstens, dass die Menschen und Initiativen hier im Stadtteil ganz offensichtlich von der Polizei beschnüffelt und überwacht werden, und zweitens, dass es ein scheinbar unstillbares Bedürfnis der Innenbehörde nach Medienrandale gibt.«

Dass Militanz und Krawall dabei keine widerspruchsfreien Orte der Befreiung sind, sondern sich darin immer auch bestehende Herrschaftsverhältnisse widerspiegeln und abbilden, wurde im Anschluss im Text »Splitter der Nacht« formuliert. Dort wurde auch bereits die Notwendigkeit einer politischen Intervention formuliert, gleichzeitig jedoch die Erfordernis, Schnittstellen zu bürgerlichen Sicherheitsdiskursen zu vermeiden und deren Gewaltbegriffen eine Absage zu erteilen: »Militanz war und ist ein Bestandteil linker Geschichte. Die Frage um sinnvolle militante Protestformen wurde und wird immer wieder kriminalisiert. Wir halten dies für falsch! Wir finden gut, richtig und wichtig, dass Leute experimentelle Ideen, eine Praxis für solidarischen Protest entwickeln und dabei Kritik und Grenzen formulieren, wo es z.B. um Leib und Leben geht oder Häuser angezündet werden! Revolten und Krawalle sind dabei nie ein ungebrochenes Ereignis. Wir werden als politische Bewegung immer nur dabei sein, unsere nächsten Fehler vorzubereiten. Wichtig ist deshalb, eine solidarische Auseinandersetzung, die sich selbst zum Teil macht, herrschende Objektivierungen ablehnt und die Frage nach Gesellschaft und das Ganze in den Vordergrund rückt.«

Hier wurden bereits konkrete Perspektiven jenseits eines ritualisierten abendlichen Krawalls entwickelt, die im folgenden Jahr auch aufgegriffen und mit dem Schanzenfest auf Griechisch umgesetzt wurden: »Es geht vor diesem Hintergrund nicht darum, als Veranstaltung größer oder erfolgreicher zu werden, sondern darum, dass mehr Menschen aus der radikalen Linken den Tag des Festes als Aufklärungs-, Mobilisierungs- und Interventionsort begreifen und nutzen. Denn vor allem am Tage entscheidet sich, wie politisch und wie wirkungsvoll das Fest als politischer Ort in den nächsten Jahren sein wird. Dazu bedarf es allerdings, den Standort einer beobachtenden Passivität zu verlassen. Der erwartungsvolle Blick in die Nacht, wie das Kaninchen auf die Schlange, verstellt eher die sich bietenden Möglichkeiten für Aktionen und Interventionsformen. Hausbesetzungen, Umzüge oder Markierungen von Leerstand sind einige Beispiele.«

Im Nachhinein stellen wir fest, dass die verstärkte Schwerpunktsetzung auf politische Inhalte am Tag ein richtiger Schritt war, hierdurch alleine das Implodieren der Gewalt allerdings nicht verhindert werden konnte. Tragischerweise ist es gerade an einem Punkt, an dem Aktivist_innen sinnvoll und richtigerweise eingegriffen haben, zu den lebensgefährlichen Messerangriffen gekommen. Ein kollektives Verhalten und eine Beendigung der Situation ist in diesem Moment aus unserer selbstkritischen Perspektive erst zu spät erfolgt. Hierin liegt für uns eine notwendige Erkenntnis und Konsequenz aus den Ereignissen. Diese gilt es aufzugreifen und politisch umzusetzen, indem bestehende Diskussionen und Erfahrungen verbreitert und weitergeführt werden. Statt der Aufrüstung linker Sicherheitsdiskurse halten wir dabei ein verantwortliches, transparentes Handeln, das sich auch bei Konfliktsituationen differenziert vermittelt, für notwendig.

Balkonmöbel und Tabubrüche

Aus allen diesen Gründen halten wir es aber auch für völlig unangemessen, wenn entgegen dieser und anderer Diskussionsprozesse im Stil eines Tabubruchs formuliert wird: »Leider herrschte jahrelang mehrheitlich die Haltung vor, dass jede (selbst)kritische Diskussion um die seit 2003 geführten militanten Auseinandersetzungen unter dem Verdikt einer unzulässigen Distanzierung stehen«. Hier wird ein innerlinkes Sprech- und Denkverbot an die Wand gemalt, welches so überhaupt nicht existiert. Und wie immer, wenn Aussagen formuliert werden, über die angeblich nicht gesprochen werden darf, werden Positionen präsentiert, die nicht nur längst Mainstream und an jedem linken Stammtisch im Schanzenviertel zu Hause sind, sondern auch kompatibel mit ressentimentbeladenen Statements in der Öffentlichkeit als Stimme einer angeblich schweigenden Mehrheit.

Als Beleg für das »Fehlen jeder (selbst)kritischen Diskussion« werden im Transmitter unter anderem zerstörte Balkonmöbel von Anwohner_innen herangezogen, welche von den Organisator_innen angeblich »zum Kollateralschaden erklärt« würden. Wie sich diese Behauptung begründet, bleibt offen. Gab es in den letzten Jahren doch verschiedene Texte, in denen sich hierzu kritisch geäußert wurde. Doch schon mal in Fahrt gekommen, wird noch ein Sahnehäubchen oben drauf gesetzt und mit erhobenem Zeigefinger geurteilt: »Immerhin hat sich nun die Einsicht durchgesetzt, dass diese Diskussionsvermeidung seit den Messerstichen des letzten Jahres inakzeptabel ist und es keine weitere politische Geisterbahnfahrt geben kann«. Hier werden mit leichter Feder und populistischem Anstrich viele Jahre politische Auseinandersetzung als Blindflug der radikalen Linken entsorgt. Geschichte, auch die Geschichte des Schanzenfestes, markiert sich aber nicht an Einzelereignissen, sondern an sich weiterentwickelnden Prozessen. Wer diese als Ballast über Bord werfen will, bricht nicht ins Ungewisse auf, sondern geht zurück auf Los. Nirgendwo wurde dies deutlicher als im Presseecho der letzten Tage und im Würgegriff der herzlichen Umarmung durch Verfassungsschutz und Polizei.

Wir distanzieren uns nicht grundsätzlich von allen Menschen, die am Schanzenfest auf Krawall gebürstet sind, wie dies im Transmitter inhaltlich vollzogen wird, sondern halten bei gesellschaftlichen Konflikten und Widersprüchen weiterhin einen solidarischen und differenzierten Umgang für notwendig und sinnvoll. Die Notwendigkeit, einen politischen Rahmen herzustellen, der Übergriffe verhindert und destruktiven Entwicklungen entgegenwirkt, steht dabei außer Frage. Im Nachbereitungstext zum Schanzenfest 2012 wurde von Einzelpersonen und Gruppen aus der Vorbereitung bereits eine Basis für diesen Umgang skizziert: »Wir halten es für richtig und wichtig, bei Gefahr für Leben und Gesundheit einzu-

schreiten, zu verhindern, dass Gartenmöbel von Anwohner_innen zerkloppt und verfeuert werden oder die Kleinwagen von anderen Festbesucher_innen demoliert werden. [...] Wir werden in Folge der Übergriffe am Abend des Schanzenfestes weder selbst in eine Sicherheitshysterie ausbrechen, die wir in der Vergangenheit immer wieder als rechtspopulistische Inszenierung kritisiert haben, noch sehen wir einen Sinn darin, identitäre Gruppen zu konstruieren, um diese wahlweise zu verteufeln oder ihnen einen Heiligenschein zu verpassen.«

Es gibt zahlreiche Erklärungen, in denen sich in den letzten Jahren auf differenzierte Art und Weise zu den abendlichen Auseinandersetzungen geäußert wurde. Es gab Interventionen durch vor Ort verteilte Flugblätter, die Rechtshilfetipps gaben und sich über Sinn und Zweck von Auseinandersetzungen nach dem Schanzenfest auseinandersetzten oder solidarische Menschen, die auf dieser Grundlage und ohne eine vor sich her getragene moralische Verzichtslogik direkte Gespräche mit Jugendlichen und Aktivist_innen suchten. Hinter diese positiven Beispiele, wie die Diskussion ohne Pauschalisierungen geführt werden kann, geht der Beitrag im Transmitter bedauerlicherweise zurück.
Gleichzeitig beschreiben die von uns hier vorgestellten Texte nicht den gesellschaftlichen Diskurs zum Schanzenfest in seiner ganzen Breite und mit allen Bezugspunkten. Auch die Frage der Stadtpolitik haben wir lediglich angerissen und an dieser Stelle nicht weiter vertieft. Unser Schwerpunkt lag darin, die inhaltliche Entwicklung aus Perspektive der Vorbereitungsgruppen zu darzustellen.

The future is unwritten

Bezugnahmen zum Schanzenfest sind und waren schon immer heterogen, selbst ohne den Bezug zu den Auseinandersetzungen am Abend. Die einen finden die Veranstaltung super, die anderen superblöd. Manchen ist die Veranstaltung irgendwie zu kommerziell, andere fahren lieber auf die Fusion und wieder andere sind abgeschreckt vom ausschweifenden Hedonismus und der Heterogenität auf der Straße. Wir selbst halten es für sinnvoll, das Schanzenfest als Raum eines unkontrollierten und selbstbestimmten Zusammenkommens über einzelne Millieus, Viertelgemeinschaften oder Subkulturen hinaus immer wieder zu verteidigen, neu zu schaffen und weiterzuentwickeln. Dass dies widerspruchsfrei nicht zu haben ist, liegt in der Sache selbst. Darauf zu verzichten, um sich der eigenen Identitäten versichert zu sein, bedeutet in der Konsequenz, herrschende Ein- und Ausschlüsse zu reproduzieren, statt sich selbst auf brüchige Spurensuche zu begeben. Dass wir immer auch Angriffsflächen bieten, wo wir keine Bilder einer heilen Welt erzeugen, ist uns dabei bewusst.

Es wäre in der Vergangenheit einfach gewesen, aus dem Schanzenfest eine professionelle Veranstaltung mit Standanmeldung, Security, bezahlten Stellen, Sponsoren und fetten Gewinnen zu zimmern. Im Rahmen solcher kapitalistischen Kontroll- und Sicherheitsarchitekturen wäre es auch relativ einfach, ein durchgehendes Szeneprofil von Ständen zu erreichen. Die Frage ist nur: Wozu? In der stadtentwicklungspolitischen Praxis gibt es mit einem unkontrollierten Schanzenfest sehr viel mehr zu gewinnen als in einer kapitalistisch und behördlich geregelten Nische mit alternativem Anstrich. Sicher keine perfekte Welt, aber ein Abbild einer sperrigen und sich verändernden Wirklichkeit.

Der Zapatismus prägte den Gedanken: »Es ist nicht notwendig, die Welt zu erobern. Es reicht, sie neu zu schaffen. Durch uns. Heute. « Die Namen von vielen Straßen und Plätzen der Welt stehen heute für ein solches Aufbegehren, für Heterogenität und Hedonismus. Sie bilden Aufbrüche und bestehende Widersprüche ab, politische Erfolge von Bewegungen, aber auch deren Scheitern. Das Schanzenfest ist für uns eben solch ein Ort. Keine Heimat und kein Freiraum, sondern ein Feld der Intervention. In Bewegung, unfertig, prekär und mit den gesellschaftlichen Realitäten im Wandel begriffen. In einfachen Abgrenzungen und Klischees lassen sich die gegenwärtigen gesellschaftlichen Veränderungen in den Metropolen und Städten ebenso wenig beschreiben wie das vergleichsweise kleine Ereignis eines sich selbst organisierenden Straßenfestes mit seinen Begleiterscheinungen.

Die Verwertungsmechanismen des Kapitalismus erschließen zunehmend auch die abgelegensten und verstecktesten Räume. Der globale Wandel, Deregulierung und die Dynamik staatlicher Rettungsschirme für die Privatwirtschaft schreiten in hohem Tempo voran. Nach unserer Wahrnehmung ist es daher notwendig, umkämpfte Räume und Bedingungen sehr viel stärker in Bezügen zu sehen und im Ganzen zu denken als bisher üblich. Dies bedeutet auch, wegzukommen von einer im Kern defensiven linken Haltung, die sich im Stadtteil einrichtet, auf eine Abwehr negativer Einflüsse setzt und damit vor allem auf den Erhalt bestehender Zustände abzielt.
Nur wo wir die Orte und Widrigkeiten die uns umgeben in der Vielschichtigkeit prekärer und im Wandel befindlicher Konfliktfelder verstehen, ist es möglich langfristige emanzipatorische Perspektiven zu entwickeln.

Ein Zusammenhang der Schanzenfestvorbereitung.





SSchrott in Hillersleben

Antikapitalistischer Block auf der Demo zum Antikriegstag

Samstag – 31. August 2013 – 14 Uhr - „Kriegsklotz" /S-Dammtor

Blockaden, Sabotagen und Störmanöver an der „Heimatfront" – Deutschland führt Krieg und dagegen regt sich Widerstand. Ob das „War starts here"-Camp gegen das Gefechtsübungszentrum (GÜZ) in der Altmark, Proteste gegen Verteidigungsminister de Maizière und die Bundeswehr an Schulen oder das Zerstören von Kriegsmaterial – in den letzten Jahren hat die antimilitaristische Bewegung an Schwung gewonnen. Auch wenn das alles noch viel zu wenig ist – es ist ein guter Anfang. Denn die Legitimation militärischer Interventionen, das penetrante Buhlen der Bundeswehr um Anerkennung und Akzeptanz und die schleichende Militarisierung der Gesellschaft sind Alltag in diesem Land. Krieg ist zum Normalzustand geworden.

Auch wenn das konkrete Kriegsgeschehen in anderen Teilen der Welt stattfindet sind die Bilder deutscher Soldaten im Ausland aus den Fernsehnachrichten zur Gewohnheit geworden. In den letzten Jahren ist der Beruf des Soldaten zu einer „normalen" Jobperspektive geworden. Die Bundeswehr hat sich in eine moderne Armee verwandelt, die innerhalb kürzester Zeit weltweit in den Einsatz geschickt werden kann. Die Wehrpflicht wurde abgeschafft und die Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zu einer Interventionsarmee umstrukturiert. Sie hat sich zu einer hochgerüsteten und spezialisierten Armee für den Einsatz in allen Regionen der Welt entwickelt und folgt zunehmend der Logik eines permanenten Krisenmanagements, indem sie gemeinsam mit anderen NATO-Armeen als mobile Eingreiftruppe agiert. Aktuell befinden sich etwa 6100 Soldaten im Auslandseinsatz und kontrollieren beispielsweise strategisch wichtige Seewege. Allein in Afghanistan sind momentan mehr als 4000 Bundeswehrsoldaten stationiert.

Um Nachwuchs zu rekrutieren wirbt die Bundeswehr an Schulen, Universitäten und Jobmessen. Sie drängt massiv in den öffentlichen Raum, betreibt Imagepflege und versucht den Militarismus in der Gesellschaft zu verankern. In den Bereichen der Medien, Kultur, Bildung, Forschung und Wissenschaft kommt es zu einer verstärkten Kooperation ziviler Träger mit dem Militär. Nach und nach soll die Akzeptanz gesteigert und zu einer Normalisierung des Krieges beigetragen werden. Große Firmen wie DHL bekennen sich zu ihrer Kooperation mit der Bundeswehr und längst gehen zivile und militärische Forschung und Produktion Hand in Hand. Die deutsche Rüstungsindustrie ist ein wesentlicher „Standortfaktor" und auch Waffendeals mit autoritären Regimen wie Saudi-Arabien oder Katar werden vorbehaltlos durch die Regierung abgesegnet. Selbst Teile der Gewerkschaften haben ihre Scheu verloren. Im Februar 2013 kündigte DGB-Chef Sommer eine engere Zusammenarbeit mit der Truppe an und wies darauf hin, dass das Verhältnis zur Armee „nicht länger belastet" sei.

Kein Grund für Aufregung – so wird es uns zumindest vermittelt. Die Legitimationsmuster sind seit Jahren die gleichen: Noch immer sind der „Krieg gegen den Terror", „humanitäre Intervention" und „Sicherheit" die Zauberwörter der Kriegspropaganda. Wer sich nicht von Hochglanzplakaten und Bundeswehr-Videoclips blenden lässt stellt schnell fest, dass es bei den Kriegen in Wahrheit um etwas ganz anderes geht. Ob in den Verteidigungspoltischen Richtlinien der Bundeswehr oder der letzten Rede des ehemaligen Bundespräsidenten Köhler wird deutlich, dass sich die deutsche Politik viel mehr für den Zugriff auf Rohstoffe, Handelswege und Absatzmärkte interessiert. So heißt es im „Weißbuch der Bundeswehr" aus dem Jahr 2006 ganz offen:

„Deutschland, dessen wirtschaftlicher Reichtum vom Zugang zu Rohstoffen, Waren und Ideen abhängt, hat ein elementares Interesse an einem friedlichen Wettbewerb, an einem offenen Welthandelssystem und freien Transportwegen."

Im Klartext: Es geht um die Sicherung der weltweiten Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse.

Das deutsche Militär, deutsche Geheimdienste und deutsche Polizei sind zentrale Akteure imperialistischer Kriegspolitik. Sie greifen indirekt ein, wie bei den Kriegen im Irak oder Libyen, als militärstrategische Berater wie in Mali und Syrien oder als offene Interventionsarmee in Afghanistan. Von einer tatsächlichen Lösung lokaler Konflikte kann nicht gesprochen werden: Vielmehr scheinen die NATO-Staaten selbst von dauerhaften Konflikten auszugehen, die es nicht zu lösen, sondern zu beherrschen gilt. Innerhalb der Konkurrenz der kapitalistischen Weltordnung, versuchen die Staaten immer wieder auch mit militärischen Mitteln ihre ökonomischen und geopolitischen Interessen durchzusetzen. Die heutigen



Kriegsstrategien sind auch Ausdruck einer globalen Krise des Kapitalismus, in der die Konkurrenz um Ressourcen, Märkte, Handelswege und Einflusszonen zunehmend militärisch ausgetragen wird. Das gemeinsame Interesse der NATO-Staaten besteht unabhängig der lokalen Spannungen: Es geht um die Stabilisierung der kapitalistischen Ordnung, den reibungslosen Fluss von Waren und Kapital und die gewaltsame „Integration“ schlecht erschlossener Regionen in den Weltmarkt.

Die Antikriegsdemonstrationen am 1. September erinnern an den Überfall Nazi-Deutschlands auf Polen 1939 und das Datum gilt seit Jahrzehnten als Mahntag gegen Krieg und Faschismus. Seit 1957 gehen vor allem Gewerkschaften und die Friedensbewegung an diesem Tag mit überwiegend pazifistischen Inhalten auf die Straße. In diesem Jahr wollen wir mit einem antikapitalistischen Block an der Demonstration in Hamburg teilnehmen und mit Positionen die ums Ganze gehen, einen konsequenten Antimilitarismus stärken.

Ein konsequenter Antimilitarismus muss daher auch die Ursachen von Krieg und Militarismus in den Blick nehmen. Innerhalb der bestehenden Produktions- und Herrschaftsverhältnisse bedeutet Frieden immer nur die zeitweise Abwesenheit von Krieg – der scheinbare Friede des kapitalistischen Normalbetriebs. Ansatzpunkte zur konkreten Intervention für eine linke antimilitaristische Bewegung finden sich auch hierzulande genügend, das haben die Aktionen der letzten Jahre gezeigt. Und auch in Hamburg findet sich die Logistik des Krieges – Rüstungsfirmen, Bundeswehr-Universität, Institutionen der inneren und äußeren Aufstands- und Migrationsbekämpfung etc. – vor der Haustür. Genau hier sollten wir ansetzen. Lasst uns die Kriege sabotieren, wo sie geplant, finanziert und vorbereitet werden! Krieg beginnt hier – stoppen wir ihn hier!

Es rufen auf:
Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AG/R), Antifa-Café Hamburg, ATESH – Für eine sozialrevolutionäre Perspektive, Avanti Hamburg – Projekt undogmatische Linke, Linksjugend ('solid) Hamburg, Projekt Revolutionäre Perspektive (PRP), TATORT Kurdistan Hamburg, Vorbereitungsgruppe Jour Fixe Gewerkschaftslinke



Gefahrengebiete gefährden!

Die Schanze ist seit f dem 1. Juni 2013 zum dauerhaften Gefahrengebiet erklärt worden. Doch was bedeutet es eigentlich konkret für uns alle, die sich hier aufhalten oder hier wohnen?

Der Bereich eines Gefahrengebiets wird von der Polizei bestimmt und sie stattet sich dort mit allerhand Sonderrechten aus. Grundlage dafür ist eine „Lageerkenntnis", die die Polizei selbst erstellt und die im Fall Schanze offiziell im Zusammenhang mit Drogenkonsum und -verkauf steht.

Die zusätzlichen Befugnisse von Polizist_innen innerhalb dieses Bereichs sind „verdachtsunabhängige Kontrollen", die das Anhalten, Befragen, Kontrollieren der Personalien und „in Augenscheinnehmen" von mitgeführten Dingen — aber keine Durchsuchung — von Personen beinhalten. Schlussendlich kann die Kontrolle sogar zu einem Platzverweis führen, wenn die Polizist_innen subjektiv davon ausgehen, dass das gerade notwendig sei. Bei zeitnahem, wiederholtem Antreffen im Gefahrengebiet droht dann im schlimmsten Fall eine Ingewahrsamnahme.



Somit stellt das Gefahrengebiet eine Bedrohung für die Freiheit aller dar, die sich auf der Schanze bewegen. Es lädt die Polizei zu Willkür und diskriminierenden Kontrollen und damit zur Verdrängung „unliebsamer" Personen ein. Denn was heißt das eigentlich: "verdachtsunabhängige Kontrollen"? Es heißt, dass Personen ohne eine überprüfbare Grundlage angehalten werden. Die Kriterien, nach denen kontrolliert wird, sind sehr unbestimmt und ermöglichen so viel Spielraum zum Beispiel für rassistische Auslegungen. Daten der kontrollierten Personen werden gesammelt und gespeichert. Hier soll gezielt Druck ausgeübt und gestört werden. Wir lassen uns aber nicht stören!

Die Polizei lässt sich allerdings nicht zweimal bitten und hat in der die Vergangenheit schon diverse verdachtsunabhängige Maßnahmen durchgeführt mir (Durchsuchungen, Platzverweise, Aufenthaltsverbote), die ihr auch dort nicht verdachtsunabhängig zustehen. So wurden schon Platzverweise gleich für das gesamte Gefahrengebiet ausgestellt und damit Bewohner_innen des Schanzenviertels faktisch unter Hausarrest gestellt.

Darüber hinaus ist schon das Zustandekommen des Gefahrengebiets durch die Polizei selbst sehr fragwürdig. Sie kann damit ihre eigenen Befugnisse ausweiten. Durch das Gefahrengebiet werden Menschen und Orte als "gefährlich" vorverurteilt und damit Angst und Misstrauen geschürt.

Und wofür das Ganze? Zum einen soll eine verfehlte Drogenpolitik mit Zwang durchgesetzt werden. Zum anderen werden aber auch andere nicht drogenbezogene Maßnahmen mit dem Gefahrengebiet begründet und der Polizei damit ein Freifahrtschein für diskriminierende, willkürliche, rechtswidrige Maßnahmen ausgestellt. Deswegen gehören Gefahrengebiete abgeschafft!

http://gefahrengeb etegefaehrden.nob ogs.org/



Bundesweiter Aktionstag

Keine Profite mit der Miete! Die Stadt gehört allen

Auftaktaktionswoche vom 22. bis 29. Juni 2013 in vielen Städten bundesweit :: Konzerte, Veranstaltungen, Lesungen zu den Themen Recht auf Stadt, neoliberale Stadtpolitik und Mietenwahnsinn :: Großer bundesweiter Aktionstag: 28. September 2013

Die Mieten in vielen Städten explodieren, unkommerzielle Projekte wie soziale Zentren, Jugendclubs, besetze Häuser oder Bauwagenplätze sind bedroht. Menschen, die sich die hohen Mieten nicht leisten können oder wollen, werden aus den Innenstädten verdrängt, die soziale Ungerechtigkeit nimmt weiter zu. Auch in schrumpfenden Regionen verschlechtert sich die Lage der MieterInnen: Investitionen in Wohnungen und sonstige Infrastruktur „lohnen" sich dort nicht mehr und bleiben deshalb aus.

Investitionen in Immobilien galten im Kapitalismus immer schon als lohnenswert. Sie versprechen Krisensicherheit in einem System, was ohne Krisen nicht auskommt. In er aktuellen Immobilien- und Finanzkrise haben deutsche Immobilien nun mehr denn je das Image des sicheren „Betongolds". Geld lässt sich dort nicht nur sicher „parken". Wo Mietsteigerungspotential ist, lockt auch Profit. Das hat zur Folge, dass für die Mieter_innen die Lebenshaltungskosten stark steigen und sie immer häufiger unfreiwillig ihre Wohnung verlassen müssen. Dass für sie ihr Zuhause, ihr Zufluchtsort und Lebensmittelpunkt auf dem Spiel steht, hat in dieser Rechnung keinen Platz.

Die Politik hat die zunehmende Wohnungsnot lange geleugnet und stattdessen öffentliche Wohnungsbestände privatisiert. Das Mietrecht wurde noch dieses Jahr verschärft. Die (Innen)städte werden von den Verantwortlichen gezielt „aufgewertet". Sie sind nicht mehr Orte zum Wohnen, zum Begegnen und zur Kommunikation, sondern „Standorte" in der kapitalistischen Konkurrenz um Investoren, kaufkräftige TouristInnen und Co. Wer nicht zahlen kann, muss weg.

Dabei gäbe es vielfältige rechtliche Möglichkeiten, Mieter_innen zu stärken und das Treiben der Immobilienwirtschaft zumindest einzuschränken: Die Modernisierungen könnten nur einvernehmlich zwischen Vermieter_innen und Mieter_innen erlaubt sein, Kündigungen seitens der Vermieter_innen erschwert werden. Zweckentfremdungen von Wohnraum und die Umwandlung in Eigentumswohnungen könnten stärker begrenzt, Mietsteigerungen - bisher weit über der Inflationsrate möglich - , könnten an die Lohn- und Rentensteigerungen angebunden werden, auch für Neuvermietungen. Nicht gewinnorientierter Wohnungsbau, der den Auftrag der Daseinsvorsorge für die Bürger_innen ernst nimmt, könnte vorrangig gefördert werden. Statt sie an den Meistbietenden zu verkaufen könnten Baugrundstücke der öffentlichen Hand dafür zur Verfügung gestellt werden. Doch nichts davon geschieht. Wenn überhaupt politische Maßnahmen ergriffen werden, wurden sie von sozialen Bewegungen erkämpft. Trotzdem sind sie bisher nicht mehr als Tropfen auf heiße Steine. Kleine Erleichterungen, von denen sich Politiker_innen vermutlich erhoffen, dass sie den Aktivist_innen politisch den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die derzeitige Entwicklung stoppen oder ihre Geschwindigkeit zumindest spürbar drosseln können diese Minimalmaßnahmen jedenfalls nicht.

Mittlerweile regt sich allerdings in vielen Städten entschlossener Widerstand derjenigen, die nicht auf die Sonntagsreden der PolitikerInnen vertrauen, sondern die wegen dem Mangel an bezahlbaren Wohnraum schon mit dem Rücken an der Wand stehen und ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen müssen. In Hamburg gehen regelmäßig Tausende gegen den Mietenwahnsinn auf die Straßen. In Berlin blockieren Anwohner_innen Zwangsräumungen ihrer Nachbar_innen. In Düsseldorf, Frankfurt und München und anderswo organisieren sich diejenigen, die sich die Stadt, die wie ein Unternehmen geführt und wie eine Ware vermarktet wird, nicht leisten können.

Um bundesweit aktiv und gehört zu werden haben wir - Gruppen und Initiativen aus bislang elf Städten - uns zum Bündnis "Keine Profite mit der Miete" zusammengetan. Als Auftakt unserer Aktivitäten organisieren wir vom 22.06.13 bis zum 29.06.13 eine bundesweite Aktionswoche, in der in den einzelnen Städten verschiedenste Aktionen stattfinden. Am 28. September rufen wir zu einem bundesweiten Aktionstag auf, zu dem in mindestens elf Städten große Aktionen stattfinden werden.

Wohnraum vergesellschaften!

Wer die Stadt dem Markt überlässt, weiß, dass nur die „Kaufkräftigen" auf ihre Kosten kommen. Das Menschenrecht auf Wohnen kann nur gewährleistet werden, wenn der Ausstieg aus dem profitorientierten Wohnungsmarkt gelingt. Wohnraum muss vergesellschaftet, also allen unabhängig vom Einkommen zur Verfügung stehen. Deshalb: Keine Profite mit der Miete!

Leerstand zu Wohnraum!

Häuser werden aus Spekulationsgründen entmietet und stehen danach leer, um später gewinnbringender verwertet zu werden. Obwohl es an Wohnraum und Plätzen für Kultur und soziale Projekte fehlt, stehen so – ganz legal – in einigen Städten großflächig Büro- und Wohnimmobilien leer, Freiflächen veröden ungenutzt. Wer trotzdem einzieht, verhält sich illegal. Dieser absurde Zustand muss ein Ende haben. Spekulative Leerstände müssen verboten und Besetzungen von länger leerstehenden Immobilien und brachliegenden Flächen legalisiert werden.

Zwangsumzüge und -räumungen sofort stoppen!

Zwangsweise Räumungen sind der drastischste Ausdruck des Mietenwahnsinns. Insbesondere BezieherInnen von ALG II sind davon betroffen – Mieten übersteigen inzwischen schnell die Regelsätze, Schulden und Zwangsumzüge sind die Folge. Aber auch mit eigenem Einkommen ist man nicht mehr vor einer Räumungsklage geschützt: Wenn es die gesetzliche Möglichkeit gibt, aus einer Wohnung mehr Geld rauszuholen als bisher, wird sie auch genutzt und keine Kündigungsmöglichkeit ausgelassen.

Gemeinsam gegen steigende Mieten und Verdrängung!

Die bisherigen Kämpfe um das Recht auf Stadt waren meist lokal begrenzt. Aber die Logik, die hinter den Verschärfungen der Lebensbedingungen in den Städten steht, ist eine globale – die Kapitalisierung immer weiterer Bereiche des Lebens. Wir haben uns deshalb zusammengetan, um ein Zeichen zu setzen: Die Stadt von morgen beginnt heute! Keine Profite mit der Miete! Die Stadt gehört allen!

Informiert euch! Organisiert euch! Werdet aktiv!

DEMONSTRATIONEN: 28.9.

Hamburg: Zeit und Ort folgt, Infos bei Mietenwahnsinn stoppen!

*

DOKUMENTATION :: DOKUMENTATION :

12.-14.7.13

In Altona wehren sich Jugendliche und Unterstützer_innen gegen übergriffige Bulle. Nachdem die Cops in der ersten Nacht extrem gewalttätig auftraten, kommt es zu direkten Reaktionen, Steine und Böller fliegen, einige Autos gehen in Flammen auf.

******

27.07.13

Rund 2000 Menschen haben in Hamburg gegen die Überwachung durch Geheimdienste demonstriert. Während einer Rede des FDP-Bundestagsabgeordneten Burkhard Müller-Sönksen kletterte ein Demonstrationsteilnehmer auf den Lastwagen, der als Rednerbühne diente, und warf Müller-Sönksen zu Boden.

Im aktuellen Deutschen Bundestag ist er ordentliches Mitglied im Verteidigungsausschuss und medienpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Zeck sagt: Kriegstreiber umscheppern!

******

31.07.13

Sommer fuer Sonja & Sybille

Heute haben wir das Eingangsportal der Zentrale der ThyssenKrupp Industrial Solutions AG in der Großen Elbstraße 61-63 in der Hansestadt Hamburg demoliert. Dabei wurden Türen und Fenster eingeschlagen. Ca. zwei Dutzend Flaschen verteilten wir an der Häuserfront, um den Sitz des Rüstungskonzerns zu kennzeichnen. Der Durchgangsverkehr vor dem Gebäude wurde mit brennenden Barrikaden blockiert.

War starts here - let's stop it here

ThyssenKrupp ist nach eigenen Angaben Weltmarktführer in der Produktion nichtnuklearer U-Boote. Seit den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts haben die zum Konzern gehörenden Unternehmen mehr als 150 U-Boote hergestellt. Im Mai 2013 wurde auf der HDW-Werft in Kiel das sechste U-Boot des Typs 212A an die deutsche Marine abgeliefert. ThyssenKrupp ist der Hauptproduzent von Überwasserkriegsschiffen für die deutschen Seestreitkräfte. In den letzten 30 Jahren wurden an die 150 Korvetten, Fregatten, etc. in alle Regionen der Welt verkauft.

Im Ranking des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), welches seit 1990 die größten Waffenhersteller der Welt listet, nimmt ThyssenKrupp den Platz 49 ein, mit einem Umsatz von 2,1 Milliarden Euro im Jahr 2011. Im deutschen Kriegsgeschäft nimmt der Konzern hinter EADS und Rheinmetall den dritten Platz ein. ThyssenKrupp hat sich von seinem Yacht- und Handelsschiffbau getrennt und fokussiert sich jetzt gänzlich auf die Fertigung von Marineschiffen. Die Zentrale verließ den vorherigen Standort Blohm+Voss und residiert nun unter dem Namen ThyssenKrupp Industrial Solutions an der Großen Elbstraße.

Unter diesem Namen werden die Aktivitäten von HDW, Blohm+Voss Naval und Kockums gebündelt. Auf der anderen Elbseite fabriziert der "zivile" Teil von Blohm+Voss als Auftragsnehmer unter der Regie des Finanzinvestors Star Capital die neuen Fregatten für die Bundesmarine. In den Auftragsbüchern des Rüstungsriesen finden sich Bestellungen für U-Boote und Fregatten um die 10 Milliarden Euro bis zum Jahr 2017. Die Interessenten sind universal zu finden: Südkorea, Vereinigte Arabische Emirate, Indien, Pakistan,... Das autoritäre Regime Algeriens lässt in Kiel zwei Fregatten produzieren. Die Auslieferung soll 2020 erfolgen. Vorort, wo bereits ein Konsortium von MAN und Rheinmetall den Tansportpanzer "Fuchs" baut, ist von ThyssenKrupp eine Dependance eingerichtet worden. Ende 2012 trudelte noch die Order für den Bau von zwei U-Booten aus Ägypten ein.

Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt

Der NATO-Partner Türkei ist ein bedeutendes Empfängerland deutscher Waffenexporte. ThyssenKrupp hat in der Vergangenheit die türkische U-Bootflotte aufgebaut und wird in der Zukunft 6 U-Boote an den Start bringen.

Die Liste der milliardenschweren Waffenlieferungen an die türkische Armee und Polizei ist nahezu endlos: Heckler+Koch und Rheinmetall ließen mehrere hunderttausend Schnellfeuergewehre in Lizenz vom türkischen Staatskonzern MKEK fertigen, u.a. das Standardgewehr der türkischen Armee G3 und die Maschinenpistole MP5; Krauss Maffei Wegmann lieferte mehrere hundert Leopard 1 und Leopard 2 Panzer; EADS baut mit Turkish Aerospace Industries (TAI) die Drohne TALARION; Daimler liefert Militärunimogs; MTU, Rheinmetall und RENK sind an der Entwicklung und Herstellung des neuen türkischen Kampfpanzers ALTAY beteiligt; geliefert wurden Torpedos, LKW, Brückenpanzer, Patroullienboote, Munition; die Restbestände der NVA gab es sogar geschenkt.



: DOKUMENTATION :: DOKUMENTATION

Militär und Polizei wurden von deutschen Repressionskräften, u.a. der GSG9, ausgebildet. Das BKA organisiert Lehrgänge und Austauschprogramme zur Aufstandsbekämpfung für die türkischen "Sicherheitsbehörden" und verschenkte so nebenher Observations- und Computertechnik, Diensthunde und Schutzwesten für 300.000,- Euro. Jährlich wird Pfefferspray mit den zugehörigen Abschussgeräten für 140.000,- Euro an den Bosporus exportiert.

Der Krieg der türkischen Armee gegen den kurdischen Befreiungskampf, die Aufrüstung gegen Aufstandsbewegungen und Guerilla in der Türkei hat viel Geld in die Kassen deutscher Rüstungskonzerne gespült.

Mit unserer Aktion gegen Thyssen-Krupp wollen wir auch unsere Solidarität mit der Junirevolte in der Türkei ausdrücken und militante Grüße nach Istanbul, Ankara, Amed, Eskisehir,... senden. Die Kämpfe sind noch nicht vorbei. In Stadtteilversammlungen wird über die weiteren Schritte diskutiert und erneut gab es Versuche, den Gezi-Park wiederzubesetzen. Unsere Solidarität gilt den vielen Verhafteten und durch Polizeigewalt Verletzten. Bis Ende Juni haben die Bullen 130.000 (!) Patronen Reizgas verschossen. Viele Menschen erlitten durch die Geschosse schwere Kopfverletzungen oder verloren ihr Augenlicht. Anfang Juli wurden über 40 Tonnen neues Gas bestellt.

Wir werden die von den Bullen ermordeten Mehmet Ayvalitas, Abdullah Cömert, Ethem Sarisülük, Medini Yildirim und Ismail Korkmarz im Gedächtnis behalten!

özgürlük için omuz omuza her yer direniş! - çapulcu, 1.8.2013

Wir fordern die sofortige Freilassung von Sonja und Sybille, die wegen ihrer unversöhnlichen und kompromisslosen Haltung gegenüber der deutschen Justiz in Frankfurt eingeknastet sind. Gegen Sonja Suder läuft ein Prozess wegen Mitgliedschaft in den Revolutionären Zellen (RZ). Die RZ und die Rote Zora haben in den 70er, 80er und 90er Jahren viele Aktionen gegen NATO-Infrastruktur, Rüstungsfirmen (u.a. gegen die Kriegswerft Lürssen wegen der Lieferung von Kriegsgerät in die Türkei) und Militäreinrichtungen durchgeführt. Sie sind Teil der Geschichte militanter antimilitaristischer Kämpfe in der BRD.

Sommer für Sonja und Sybille!

******

04.08.13

Vier Post-Lastwagen sind in der Nacht zum Montag in Elmshorn (Kreis Pinneberg) in Flammen aufgegangen, weitere wurden durch Graffiti beschädigt. Wie ein Sprecher der Polizei sagte, wurde das Feuer gegen 3.45 Uhr vor der Poststelle entdeckt. Die Feuerwehr löschte die vier brennenden Fahrzeuge, verletzt wurde niemand. Die Polizei geht von Brandstiftung und Sachbeschädigung aus, von den Tätern fehlte zunächst jede Spur. Die Polizei schätzte den Brandschaden auf über 100 000 Euro und den zusätzlichen Schaden durch die Graffititags auf einige Tausend Euro.





Noch mehr Schrott in Hillersleben

Antiatom

Die Anti-Atom-Bewegung kommt nach Hamburg – Die bundesweite Herbstkonferenz findet vom 18.10 – 20.10 im Centro sociale / Karovirtel statt.

Irgendwie ist sie in den vergangenen drei Jahrzehnten sehr erfolgreich gewesen, immer irgendwie da, aber eigentlich nur sichtbar wenn es wie früher gegen den Bau von Atomanlagen ging, oder wie in den letzten Jahren gegen die CASTOR-Transporte nach Gorleben – die Anti-AKW-Bewegung. Sie hat viele Hoch und fast noch mehr Tiefpunkte überstanden, das Abfallen von Vielen, die meinten eine Partei sei die besser Organisationsform. Und gerade die Existenz der Grünen hat die Menschen die sich nicht dort, sondern in der Bewegung organisiert haben, stets dazu gezwungen ganz klar außerparlamentarische Politik zu machen. Dabei zerfällt diese Bewegung im Alltag in viele Spektren und Kampagnen die sich nur selten, und meist bei Großereignissen über den Weg laufen. Gewaltfreie und militante Aktionsgruppen, Bürgerinitiativen und Kampagnenaktivistinnen, Recherchegruppen und Standortinitiativen.

Neben einigen regelmäßigen Regionalplena sind die bundesweiten Herbstkonferenzen der einzige regelmäßige Knotenpunkt dieser Bewegung. Nach vielen Jahren Abstinenz haben Hamburger Gruppen letztes Jahr entschieden, die Herbstkonferenz 2013 zu organisieren. Neben der sehr inspirierenden letztjährigen Konferenz in Berlin, war vor allem die zunehmende Zahl von Urantransporten durch den Hamburger Hafen Anlass die Konferenz nach Hamburg zu holen. Die beinahe Katastrophe auf der Atlantic Cartier am 1.Mai diesen Jahres machte überdeutlich wie „brandaktuell" das Thema ist.

Die Vorbereitungen laufen bereits auf Hochtouren und es verspricht eine sehr spannende Konferenz zu werden. Das Fehlen eines Kristallisationspunktes wie dem CASTOR, stellt dabei auch eine Chance dar, jenseits aktueller Sachzwänge grundlegende Überlegungen anzustellen, den Blick zu weiten, und die eigenen Analyse voran zu bringen. Nach der Auftaktveranstaltung am Freitag Abend im Centro sociale, wird es am Samstag den 19.10 drei workshopphasen mit zahlreichen Veranstaltungen im gesamten Karoviertel geben. Bereits jetzt sind workshops von AktivistInnen aus Polen und Tschechien zur Situation der Bewegungen dort und in gesamt Osteuropa angemeldet, Soligruppen berichten über den Widerstand in Indien und Mali. Im Urantransporte-panel wird der Versuch gestartet, sich entlang der Transportstrecken besser zu koordinieren. Es gilt dabei vor allem die Entwicklung an den Anlagen zu analysieren die an den jeweiligen Enden der Transporte in Gronau, Lingen, Tricastin und Cadarache befinden. Gerade Aktionsinteressierte sind hier gut aufgehoben. Ein ganz anderes Feld werden die Endlagerinitiativen mit ihrem Sorgenbericht beackern, in dem sie eine alternative, unabhängige Dokumentation der bis heute in der brd angefallenen nuklearen Reststoffe vorlegen. Angeregt dürfte daneben auch die Diskussion zwischen jenen Initiativen verlaufen, die an den Gremien der parlamentarischen „Endlagersuche" (oder besser Endlagerfindung) teil nehmen wollen, und jenen, die sich einer Vereinnahmung durch diese Gremien strikt verweigern. Bis dato schien die Linie der Initiativen aus Gorleben, vom Schacht Konrad und der Asse klar, aus der Vergangenheit zu lernen, und das Beteiligungsspiel nicht mit zuspielen – wir dürfen gespannt sein. Neben den genannten workshops werden aber auch noch Räume für all jene frei gehalten, die sich spontan organisieren wollen, oder einfach nach dem workshop weiter machen. Am Sonntag wird es nach einem Abschlussplenum, das der Selbstorganisation dienen soll, eine Hafenrundfahrt zu den Umschlagplätzen der Urantransporte im Hamburger Hafen geben, die offen für alle ist.

Das gesamte, und vor allem aktuelle Programm findet ihr unter anti-atom-konferenz.org im Netz. Gerade für alle die, die sich nur sporadisch an Anti-atom- Aktionen beteiligen biete sich hier die Möglichkeit mit wenig Aufwand viele spannende Veranstaltungen mit zu bekommen.

Seid bereit!



Normalbetrieb

24.7.2013 Cattenom

Zwischen dem 23. und 24. Juli sind durch ein Leck in einem Tank des AKW Cattenom 58 Kubikmeter Salzsäure in die Mosel und in den Boden gelaufen sein.

Die aus dem Leck aufgefangene Salzsäure wollte der Betreiber anschließend über eine Leitung zu einem der Kühltürme abtransportieren lassen. Doch "bereits" nach 6 Tagen fand man heraus, dass das Schlussstück dieser Leitung fehlte und die 58 Kubikmeter Salzsäure einfach im Boden versickert waren.
Quelle: Luxemburger Tageblatt

14. 8. 2013 Gundremmingen

Im Atomkraftwerk Gundremmingen an der Donau ist Kühlwasser ausgetreten. Ein Block wurde daher vorübergehend vom Netz genommen. Das Leck sei bei einer Routinekontrolle in der Abwasseraufbereitung entdeckt worden - im Wasser-Dampf-Kreislauf zwischen Reaktor und Turbine.
Quelle: Greenpeace Magazin

7.8.2013 Fukushima

Die japanische Regierung geht davon aus, dass radioaktiv verseuchtes Wasser aus dem Unglückskraftwerk Fukushima bereits seit zwei Jahren in den Pazifik fließt. Derzeit sickerten schätzungsweise 300 Tonnen verstrahltes Wasser pro Tag aus der zerstörten Atomanlage in den Ozean. Die Gegenmaßnahmen der Betreibergesellschaft Tepco sind offensichtlich unzureichend. Der Energiekonzern hat nach eigenen Angaben "chemische Mauern" ins Erdreich gespritzt, die sich dort zu einer Sperre verhärten sollten. Doch wie das Unternehmen am Dienstag mitteilte, strömt das Wasser um die Mauer herum ins Meer.

Unklar sei weiterhin, warum das hochgradig belastete Wasser in den Boden einsickere und das Meer verseuche. Erschwerend hinzu kommt, dass jeden Tag rund 400 Tonnen Grundwasser in die Reaktorgebäude eindringen und sich dort mit dem kontaminierten Kühlwasser vermischen.
Quelle: Spiegel online

Aktion

05.08.2013 Lüneburg

November 2011: Etwa 3.000 Demonstranten besetzen im Rahmen einer Anti-Castor-Protestaktion die Bahngleise bei Harlingen (Landkreis Lüchow-Dannenberg). Die Polizei räumt die Gleise und nimmt mehr als 1.300 Demonstranten vorübergehend fest - unrechtmäßig, wie das Landgericht Lüneburg jetzt entschieden hat.
Quelle: Widersetzen

2.8.2013 Bremen

AktivistInnen der Umweltschutzorganisation ROBIN WOOD protestieren heute in Bremen-Neustadt vor den Toren der Spedition Kieserling gegen Atomtransporte. Einige AktivistInnen kletterten auf das Dach eines LKWs, der zur Zeit die Zufahrt zum Speditionsgelände versperrt, und entrollten Transparente mit den Slogans „Kieserling: Der Atomtod fährt mit!“ und „Kieserling: Mit Vollgas für den Super-GAU!“.
Die in Bremen ansässige Spedition Kieserling transportiert per LKW Uranhexafluorid, angereichertes Uran und Brennelemente. ROBIN WOOD fordert den Stopp dieser Transporte und das sofortige Ende des Atomgeschäfts.
Kieserling beliefert überwiegend die Urananreicherungsanlagen im westfälischen Gronau und im niederländischen Almelo sowie die Brennelementefabrik im niedersächsischen Lingen. Mit über 120 genehmigungs- und anzeigepflichtigen Atomtransporten allein im Jahr 2012 hat die Spedition einen beträchtlichen Anteil am Aufkommen der Atomtransporte in Deutschland – durchschnittlich jeden dritten Tag fährt sie einen Atomtransport.
Quelle: Robin Wood

25.07.2013 Lingen

Atomkraftgegner haben am frühen Donnerstagmorgen die Zufahrt einer Brennelementefabrik in Lingen (Landkreis Emsland) blokkiert. Die Gruppe ist Teil eines Anti-Atom-Protestcamps, das noch bis Samstag in Metelen (Kreis Steinfurt) stattfindet.
Die Atomkraftgegner protestierten dagegen, dass die Brennelementefabrik in Lingen sowie eine Urananreicherungsanlage in Gronau (Kreis Borken) trotz des von der Bundesregierung beschlossenen Atomausstiegs weiter betrieben werden dürften.
Quelle: PM der Aktionsgruppen

22. 7. 2013 Gronau

Seit 4.30 Uhr ist die Hauptzufahrt der Gronauer Urananreicherungsanlage blockiert. Rund 50 Menschen beteiligen sich an der Aktion, zwei hölzerne Dreibeinkonstruktionen versperren die Tore, eine Sambagruppe sorgt für musikalische Unterstützung. Vom Anti-Atom-Camp in Metelen hatten sich einige Aktionsgruppen aufgemacht, um gegen die fortlaufende Urananreicherung zu protestieren. „Die Urananreicherungsanlage der Firma Urenco ist nämlich vom angekündigten angeblichen Atomausstieg ausgenommen.“ erklärt Sim aus Münster ihre Aktion. „Es geht uns darum, den Atomkreislauf weltweit zu unterbrechen.“ setzt die Aktivistin fort.
Quelle: PM der Aktionsgruppen



Regelmässige Termine in der Flora

Montag: Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr) - Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr, Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr - Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007) -
Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum

Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr

Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr


STANDEN ALS RUINE
ZOMIA UND ALLE LINKEN PROJEKTE
ROTE FLORA
BLEIBT BESETZ
SQUAT THE WORLD
FLORA FÜR UNS
SONST GIB
wer das kaufen will
Häuser besetzen